Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".** [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg. Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14. **Donnerstag den 18. Januar 1900.** **7. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Die Kinderarbeit in den Fabriken.

fp. Die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe, welche jugendliche Arbeiter beschäftigen, ist nach den „amtlichen Mittheilungen" im vorigen Jahre um 4 pCt.: von 43 593 auf 45 542, und die Zahl der jugendlichen Arbeiter um 6 pCt., von 265 721 auf 283 458 gestiegen. Die Kinderarbeit wird also von immer mehr Unternehmern ausgenutzt. Außerdem ist in den einzelnen Fabriken die Zahl der „Kinderhände" größer geworden. Trotzdem wird in mehreren Bezirken über einen Mangel an diesen billigen Arbeitskräften geklagt.

Von den jugendlichen Fabrikarbeitern sind 2,5 pCt. Kinder unter 14 Jahren, 97,5 pCt. Kinder von 14—16 Jahren. Gegen das Vorjahr hat sich das Verhältniß nur ganz wenig verschoben und zwar zu Ungunsten der Kinder unter 14 Jahren, sie sind etwas stärker vertreten.

Wie schon früher wurden fast nur Knaben beschäftigt im Bergbau und in der Maschinen-Industrie. Dagegen überwiegen Mädchen in den Industrien: Bekleidung und Reinigung, Papier und Leder, Nahrungs- und Genußmittel.

Die ermittelten Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bieten, sowohl ihrer Zahl als auch ihrer Qualität nach, dasselbe Bild wie in den früheren Jahren. Es überwiegen die Verstöße gegen die einfachen Kontrollbestimmungen. Jedoch ist auch mehrfach die unzulässige Beschäftigung von Kindern, sowie die Ueberschreitung der gesetzlich zulässigen Dauer der Arbeitszeit und die Nichtgewährung der vorgeschriebenen Pausen zur Feststellung gelangt.

Wie in den Vorjahren wurden auch diesmal insbesondere aus den Ziegeleien schwere Mißstände berichtet. „Das krankhafte Aussehen der jugendlichen Arbeiter in den Ziegeleien ist eine Folge der Ueberanstrengung und der zu kurzen Nachtruhe": so zu lesen in dem Bericht aus Münster. Und über einen zwölfjährigen Knaben aus Unter Elsaß, der im April, Mai und halben Juni von 47 Schultagen 20½ Schultage der Ziegelarbeit wegen versäumte und mit den 8jährigen Kindern in einer Klasse sitzt, sagt der Bericht: „Kann weder lesen noch rechnen und ist geistig total verkommen." Eine ausreichende Abhilfe verspricht sich der Berichterstatter nur dann, wenn die Zulassung von Kindern jeden Alters auf den Ziegeleien gesetzlich verboten wird.

Um so bezeichnender ist folgende Mittheilung aus Sachsen-Altenburg. Dort wurde das Verbot die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder auf alle Ziegeleien erstreckt, weil dies der dortigen Ausführungs-Anweisung zu der Gewerbegesetznovelle von 1891 entsprach. Da dieses Verbot, wie der Gewerbeinspektor versichert, der Konkurrenzfähigkeit und Existenz der kleinsten Ziegeleien „völlig in Frage stellte" und „die Beschäftigung als eine zu (!) schwere oder gesundheitsschädigende nicht bezeichnet werden kann", so hat das Herzogliche Ministerium die obige Anweisung dahin geändert, daß Ziegeleien erst dann dem Arbeiterschutz unterworfen sind, „wenn ihre Produktion die Zahl von 200 000 Steinen erreicht. Dadurch sind in circa 20 Ziegeleien die Schulkinder schutzlos geworden. Ein recht zeitgemäßer Fortschritt in der Sozialpolitik!?

Auch in den Fabriken werden oft genug die unvernünftigsten Anforderungen an die Arbeiterkinder gestellt. In 6 Bezirken wurden Kinder von 14—16 Jahren zur Wartung von Dampfkesseln verwendet. Bei der Bedienung von Kreissägen werden Kinder in 5 Bezirken, an sonstigen Maschinen in 9 Bezirken angetroffen. In 2 Bezirken mußte gegen die Verwendung der Kinder in einer Cementfabrik und einem Kalkwerke eingeschritten werden, weil diese Arbeit bei heftiger Staubentwicklung und großer Hitze verrichtet wurde. In einigen anderen Bezirken gab ebenfalls die mit der Beschäftigung verbundene Staubentwickelung zu Bedenken Anlaß. So das Guß Putzen, das Ausblasen von Letterkästen in einer Buchdruckerei, das Abstäuben der Waaren in den Porzellanfabriken und das Trockenschleifen von Metallwaaren. Fälle endlich, in denen die Beschäftigung wegen der damit verbundenen übermäßigen Anstrengung beanstandet wurde oder zu nachtheiligen Folgen führte, werden in 6 Berichten mitgetheilt.

Solche Beobachtungen beweisen immer von Neuem, daß die nothwendigen Schutzvorrichtungen gesetzlich erzwungen werden müssen. Den Unternehmern jedoch sind selbst die bescheidensten Arbeiter-Schutzgesetze zu — bequem. Mehrfach wird berichtet, daß die Unternehmer der Beschäftigung schulentlassener Kinder unter 14 Jahren wegen den gesetzlich vorgeschriebenen Beschränkungen wenig geneigt sind und zum Theil völlig absehen. Das wäre ganz gut, denn Kinder unter 14 Jahre gehören nicht in die Fabrik. Leider ist jedoch zu befürchten, daß diese Kinder im Kleingewerbe um so ärger ausgebeutet werden. So nimmt, dem Potsdamer Bericht zufolge, in der Tabackindustrie, besonders in den kleineren handwerksmäßigen Betrieben die Beschäftigung sogar der schulpflichtigen Kinder zu, „ohne daß sich eine gesetzliche Handhabe zur Abwehr darbietet." Dasselbe ist in der gesundheitsschädlichen Putzfederindustrie der Fall, welche ihren Betrieb mehr und mehr in die Hausindustrie verlegt. Ferner ist in einigen Gegenden Württembergs die Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie sehr stark verbreitet. Die schädlichen Folgen der hier den Kindern jahrelang zugemutheten übertriebenen Arbeitszeit und angestrengten Thätigkeit sollen sich nach dem Urtheile eines Kenners der Verhältnisse an einem für diese Mißstände typischen Orte allmählich fühlbar machen: die Bevölkerung soll nicht mehr so kräftig wie früher sein, und die Schwindsucht unter ihr in bemerkenswerthem Grade überhand nehmen. In dem Bericht aus Sachsen Koburg und Gotha wird als Folge der gesundheitsschädlichen Einflüsse der Hausindustrie aufgeführt: „die Kinder sehen bleich aus, leiden an den Augen, am Rückgrat, sie sind in der Schule schläfrig, unaufmerksam, theilnahmslos, sie verwenden keinen Fleiß mehr auf die häuslichen Schularbeiten, die geistige und körperliche Entwickelung ist gehemmt und die Folgen hiervon machen sich im späteren Leben fühlbar durch geringere Leistungs- und Erwerbsfähigkeit." Wie lange wird eine so unerhörte Vergewaltigung der Arbeiterkinder geduldet werden?

Der jetzige Zustand, daß nur die Kinder in den „Fabriken" geschützt sind, ist deshalb um so schlimmer, weil es oft fraglich erscheint, ob ein Betrieb als eine „Fabrik" im Sinne der Gewerbeordnung zu gelten hat oder nicht? Diese Frage ist auch im letzten Jahre mehrfach zur Erörterung gekommen. In einigen Fällen gingen die Ansichten auch darüber auseinander, wie der Begriff der Beschäftigung „in" der Fabrik aufzufassen sei? Alle diese Zweifel sind mit einem Schlage beseitigt, wenn der gesetzliche Arbeiterschutz auf **sämmtliche** Arbeiter ohne jede Ausnahme ausgedehnt wird.

Freilich müssen aber auch alle Mittel, schließlich selbst die des Strafrichters, thatkräftig angewandt werden, um die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze dort, wo es noth thut, zu erzwingen. Bis heute jedoch ist dies bei manchen Gerichten noch immer nicht erreicht. Die Milde der Gerichte bei der Strafabmessung gegen gewissenlose Betriebsleiter wird wiederum in einigen Berichten besonders hervorgehoben. In einer großen Spinnerei und Weberei des oberen Elsaß z. B. wurde die gesetzliche Arbeitszeit der 69 jugendlichen Arbeiter überschritten, und die vorgeschriebenen Verzeichnisse waren unrichtig geführt. Da diese Verletzungen der Arbeiterschutzgesetze trotz Verwarnung und Belehrung fortgesetzt wurden, erfolgte Anzeige und in Folge dessen Verurtheilung der verantwortlichen Personen zu einer Geldstrafe von 500 Mark. Die Strafkammer aber setzte diese Strafe auf — 50 Mark herab: eine Summe, die bei einem reichen Fabrikanten gar keine Rolle spielt. — Der Gewerbeinspektor zu Bochum stellte fest, daß in einer, zu einer Zeche gehörigen Feldziegelei die Arbeiterschutzgesetze in der gröblichsten Weise übertreten wurden. Auf die Strafanzeige theilte der Erste Staatsanwalt dem Aufsichtsbeamten mit, daß er vom strafrechtlichen Einschreiten Abstand genommen habe. Denn die Behauptung des beschuldigten Ziegelmeisters, daß er die Leitung thatsächlich nicht geführt, auch sich hierzu nicht verpflichtet gehalten habe, sei nicht widerlegt worden. Nun mußte doch selbstverständlicher Weise der Direktor der Zeche zur Rechenschaft gezogen werden. Das hatte auch der Gewerbeinspektor erwartet. Es geschah aber nicht. Wie sehr sticht ein solches Verhalten eines Gerichts und eines Staatsanwaltes von dem großen Eifer ab, der so oft gegen klassenbewußte Arbeiter entfaltet wird!

Klagen über die „Unbotmäßigkeit" der jugendlichen Arbeiter kommen nur in den Berichten für Pommern, Magdeburg und Sachsen-Meinigen vor. In Württemberg III dagegen kann „über das sittliche Verhalten der jungen Leute im Allgemeinen nicht geklagt werden. Von den Berichten der preußischen Bergrevierbeamten sind es diejenigen von Waldenburg, Stolberg, Eisleben und Koblenz, in denen über die schlechte sittliche Führung der Jugendlichen Beschwerde geführt wird. In Eberswalde und Goslar war die Aufführung nicht zu tadeln und auch in Siegen II „ist der Zustand der jugendlichen Arbeiter in moralischer Beziehung im Großen und Ganzen ein guter."

Die Vorschriften über die Arbeitsbücher finden noch immer nur ganz geringe Beachtung. Ebenso ist von der Befugniß zur ortsstatutarischen Regelung der Lohnauszahlung für Minderjährige an deren Eltern oder Vormund nicht in erheblich weiterem Umfange Gebrauch gemacht worden. Solche Zwangsmaßregeln sind nicht nur bei den Arbeitern selbst, sondern oft genug auch bei verständigen Unternehmern unbeliebt. In Sachsen-Coburg und Gotha hat man folgende Erfahrungen gemacht: „die Erfolge des Statuts sind sehr schlecht, Unterschlagungen sind vorgekommen, da die Jungarbeiter erkannten, daß ihre Eltern kein Gewicht auf Lohnzahlung an sie legten; andere Eltern fühlten sich tief beleidigt, daß ihren Söhnen und Töchtern so wenig Vertrauen geschenkt würde; die Jungarbeiter, sich des Schutzes der Eltern sicher fühlend, erklärten, nur dann weiter arbeiten zu wollen, wenn ihnen der Lohn direkt ausgezahlt würde. Auf die Dauer hat sich diese Maßregel als nicht durchführbar erwiesen."

Ueber die Lehrlingsverhältnisse kehren die alten Klagen wieder, jedoch scheinen in letzter Zeit auch größere Betriebe sich häufiger um die tüchtige Ausbildung von Lehrlingen zu kümmern und zwar mit gutem Erfolge. Ueber die Entwickelung des Fortbildungsschulwesens liegen ungünstige Aeußerungen nur vereinzelt vor. Zahlreicher sind auf diesem Gebiete die günstigen Wahrnehmungen. Trotzdem bleibt auch das Fortbildungsschulwesen noch weit hinter den gerechten Forderungen der aufgeklärten Arbeiter zurück.

Alles in Allem steht es daher bei uns in Deutschland mit dem Schutz der Arbeiterkinder noch sehr schlecht.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.")

Berlin, den 16. Januar 1900.

Der Reichstag setzte heute die Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern fort. Das Kapitel „Versicherungsamt" gab unserem Genossen Stadthagen Gelegenheit, über die Schädigung zu sprechen, die der Arbeiterklasse dadurch erwächst, daß bei Unglücks- und Todesfällen ihrer Angehörigen nicht, wie die Grundsätze des gemeinen Rechts und des Bürgerlichen Gesetzbuches es verlangen, der volle Schaden ersetzt wird. Vergebens suchte Graf Posadowsky, der mehrere Male das Wort ergriff, den Eindruck der Stadthagenschen Rede abzuschwächen, obschon ihm der Abgeordnete Rösicke-Dessau sekundirte: derselbe, sonst Vertreter des sozialpolitischen Flügel des Bürgerthums, entdeckte heute sein großindustrielles Herz, zumal er die Organisationen, an deren Spitze er so lange gestanden, die Berufsgenossenschaften, angegriffen sah. — Der Rest des Etats des Reichsamts des Innern wurde debattelos erledigt und das Haus fand noch — wider Erwarten — Gelegenheit, die erste Berathung der beiden Gesetzentwürfe über Konsulargerichtsbarkeit und über den Solidität- und Befähigungsnachweis der Patentanwälte zu erledigen. Beide wurden je einer vierzehngliederigen Kommission überwiesen. Um 5½ Uhr fand die heutige Sitzung, die nicht eben zu den interessantesten gehörte, ihr Ende; morgen fällt die Sitzung aus; am Donnerstag steht der Etat des Reichsjustizamts auf der Tagesordnung, der bereits in der vorigen Woche einige Male die gedruckten Arbeitszettel des hohen Hauses zierte.

128. Sitzung Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Etat des Reichsamts des Innern, Kapitel „Reichsversicherungsamt."

Stadthagen (SD.): Aus den Berechnungen der Berufsgenossenschaften geht hervor, daß einerseits die Unfälle der Arbeiter

sich fortwährend vermehrt haben, andererseits die Gewinne der Unternehmer sich erhöht haben, weil die Arbeiter nicht berechtigt sind, vollen Schadenersatz zu verlangen. Allein das Jahr 1898 weist eine Armee von über 90 000 in Ausübung ihres Berufes verunglückten Arbeitern und nicht weniger als 7984 Todesfälle auf. Das sind ungeheuerliche Zahlen, zumal wenn man bedenkt, daß im Kriege von 1870/71 im Ganzen etwa 28 000 Mannschaften und Offiziere gefallen sind. Um so nothwendiger ist es, darauf zu dringen, daß die Arbeiter ein Recht erhalten, den Betrieb mit zu überwachen — Wir haben jetzt ein einheitliches Recht auf dem Gebiete des Schadenersatzes und sind somit in die Lage gesetzt, berechnen zu können, wie viele Millionen die Unternehmer durch Verkürzung des natürlichen Rechtes der Arbeiter auf Schadenersatz profitiren. Das beweisen die vorliegenden Zahlen der Jahre 1896 bis 1898, wobei ich voranschicken will, daß in ihnen keineswegs alle Tödtungen und Unfälle verzeichnet sind, da bei weitem nicht alle Arbeiter versichert sind, sondern nur etwa 3½ Millionen. Wollen wir nun die Vortheile der Unternehmer berechnen, müssen wir zunächst in's Auge fassen, daß selbst im günstigsten Falle, bei der sogenannten Vollrente, der Arbeiter doch nur ⅔ des Schadens ersetzt erhält. Die Gesammtsumme der gezahlten Renten betrug 1896 ca. 50½ Millionen, im Jahre 1897 ca. 57½ Millionen und im Jahre 1898 ca. 61 Millionen. Der Gewinn der Unternehmer deckt sich genau mit der Hälfte der angeführten Zahlen; denn, wenn es sich um andere Personen als Arbeiter, etwa um Zuschauer handelte, so würde nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuchs das Unternehmerthum den vollen Schadenersatz zu leisten haben. Somit betrug der baare Profit der Arbeitgeber allein im Jahre 1898 ca. 31 Millionen Mark. Der zweite Vortheil erwächst dem Unternehmerthume daraus, daß es in den ersten 4 Wochen überhaupt gar nichts und bis zur 13. Woche sehr wenig zu zahlen hat. Der Vortheil, der sich für die Unternehmer daraus ergiebt, beträgt im Jahre 1898 ca. 24 Millionen. Dabei ist die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 13 Wochen wieder gesund werden, noch nicht berücksichtigt; wird sie mitberechnet, so beträgt der Vortheil für die Unternehmer in dem genannten Jahre ca. 48 Millionen. Der dritte Vortheil der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu ernährenden Hinterbliebenen ein ganz erheblich kleinerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches der Fall sein würde. Die Wittwen und Kinder erhalten nie vollen Schadenersatz, sondern im Höchstfalle 20 Prozent als Vollrente. Dieser Profit der Unternehmer stellte sich 1898 auf ca. 28 Mill. Mark. Im ganzen beträgt der Vortheil, der dem Unternehmerthum durch Verkürzung der Schadenersatzansprüche erwächst, im Jahre 1898 rund 108 Millionen, 22 Millionen mehr als im Jahre 1896. Nun könnte man freilich einwenden, daß diejenigen Entschädigungen mit eingerechnet sind, bei denen Fahrlässigkeit oder gar Verschuldung der Arbeiter vorliegt. Ich will dem gegenüber darauf hinweisen, daß die Statistik der Berufsgenossenschaften, die doch Unternehmerorganisationen sind, beweist, daß ein Viertel aller Unfälle auf Fahrlässigkeit der Unternehmer beruht. Diese Ziffern legen die Frage nahe, ob es nicht dringend geboten ist, endlich diesen Ausnahmezustand zu beseitigen und den Arbeitern den vollen Anspruch auf Schadenersatz zugeben, den alle besitzen, die das Glück haben, keine Arbeiter zu sein. Es ist dringend nothwendig, daß die Regierung dafür Sorge trägt, den Arbeitern das Recht auf Mitaufsicht und auf Anordnung von Schutzmaßregeln zu verschaffen. Noch etwas möchte ich hervorheben, auf das schon verschiedentlich mein Kollege Molkenbuhr hingewiesen hat, nämlich, daß bei der Festsetzung der Höhe des Schadenersatzes der Unternehmer Richter in eigener Sache ist. Wir müssen dringend verlangen, daß die Regierung, unbekümmert um das Ergebniß der Berathung der neuen Unfallversicherungsnovelle, den Arbeitern das Recht auf vollen Schadenersatz verschafft. Es ist ein beschämendes Zeichen für Deutschland, daß die Zahl derer, die in Ausübung ihres Berufes verunglücken, von Jahr zu Jahr wächst. Deutschland darf nicht mit verschränkten Armen zusehen, daß das Schlachtfeld der Arbeit in einem Jahre 8000 Tote und 90 000 Verwundete aufweist. (Bravo! b. d. Soziald.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Vergleich der Todesfälle im gewerblichen Leben mit den Opfern des Krieges ist nicht neu und außerdem sehr bedenklich. Herr Abg. Stadthagen hat vergessen, daß die Zahl der heutigen Arbeiter weit größer ist als die Zahl der Truppen, die in dem Kriege von 1870 in's Feld geführt wurden. Daß die Zahl der Unglücks- und Todesfälle zugenommen hat, erklärt sich einmal aus dem Zuströmen ungelernter und landwirthschaftlicher Arbeiter in die Industrie, sowie daraus, daß die Arbeiter erst in den letzten Jahren sich genügend in das Gesetz eingelebt haben, um alle ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen. Bei der Klage darüber, daß die Arbeiter nicht den vollen Schadenersatz bekommen, vergißt der Abg. Stadthagen, daß der Arbeiter auch in den Fällen die Rente beanspruchen kann, wo keine Schuld des Arbeitgebers, vielmehr umgekehrt eine solche des Arbeiters vorliegt. Es ist gerade ein Vorzug unserer Zustände, daß der Arbeiter Entschädigung bekommt, ob er Schuld hat oder nicht. Die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz beweist dem Herrn Vorredner, daß wir Verbesserungen in der Rechtsprechung auf diesem Gebiete erstreben. Ich kann mich mit dem Abg. Stadthagen darin einverstanden erklären, daß die Behörden ihre Aufmerksamkeit fortgesetzt auf die Einrichtungen zur Verhütung von Unglücksfällen richten mögen. Im Uebrigen gelten unsere Einrichtungen für gut, wie auch von einem Vertreter der englischen Gewerkvereine erklärt worden ist.

Roesicke-Dessau (Wildlib.): Der Unternehmer ist heute auch haftbar in Fällen, wo sich der Arbeiter die Verletzung durch eigene Schuld zugezogen hat. — Wir bedauern alle, daß die Zahl der Unfälle dauernd wächst. Das liegt aber daran, daß die Industrie in ihrer Entwickelung viele ungeübte Arbeiter herangezogen hat und daß unter den Arbeitern ein großer Wechsel stattgefunden hat. Außerdem haben die arbeitenden Klassen die Unfallversicherung immer mehr benutzt, da sie sich von dem Vortheil überzeugt haben. Die Steigerung der Todesfälle ist hervorgerufen durch die Massenunfälle der Knappschafts-, Tiefbaus- und Steinmetzberufsgenossenschaften, wo es vom Zufall abhängt, ob mehr oder weniger Personen verunglücken, die Unfallrente beziehen oder nicht. Zudem werden in den Listen oft dieselben Leute als erwerbsunfähig geführt, die später sterben an den Folgen des Unfalls und dann zu den Todten gezählt werden. Herr Abg. Stadthagen hat an der Rechtsprechung auf diesem Gebiete Kritik geübt. Das wundert mich, da die Rechtsprechung im Reichsversicherungsamt nach dem Wechsel des Präsidiums höchstens noch arbeiterfreundlicher geworden ist. Die Zahl der abgewiesenen Rekurse der Berufsgenossenschaften ist ständig gewachsen. In der Unfallverhütung haben wir große Fortschritte gemacht. Daß möglichst wenig Unfälle vorkommen, ist auch den Berufsgenossenschaften von Vortheil. Ganz zu vermeiden sind sie nicht. Hoffen wir, daß die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz auch in dieser Richtung segensreich wirken wird. (Beifall.)

Dr. Boeckel (wild. Antis.): Daß sich noch immer gegen die Arbeiterversicherungsgesetze, die gewiß einen großen sozialen Fortschritt bedeuten, im Volk Mißstimmung zeigt, liegt daran, daß die Gesetze nicht in humanem Sinne ausgelegt werden. Weiter halte ich es auch nicht für richtig, daß berechtigte Berufungen abgewiesen werden, nur weil der vorgeschriebene Termin verstrichen ist. Sehr wünschenswerth wäre auch die Einführung einer Mindestrente.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die neue Novelle enthält auch hinsichtlich der Berufungsfrist eine wesentliche Milderung. Uebrigens sind die Entscheidungen der Berufsgenossenschaften keineswegs so ungünstig für die Arbeiter wie Herr Stadthagen meinte.

Stadthagen (SD.): Gegenüber den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs bemerke ich, daß in meinen Zahlen auch die Unfälle mitgerechnet sind, die theilweise infolge mangelhafter Einrichtungen, theilweise durch Unachtsamkeit der Arbeiter entstanden sind, und daß diese Zahlen von den Vertretern des Unternehmerthums aufgestellt sind. Herr Rösicke meint, es sei undenkbar, daß das Reichsversicherungsamt zu Ungunsten der Arbeiter entschieden habe. Dieses hat ja in den ersten Jahren redlich gestrebt, die Arbeiter zu ihrem Rechte zu verhelfen. Aber von Jahr zu Jahr ist es mehr unter den Einfluß der Berufsgenossenschaften getreten. Bruchschäden werden jetzt gewöhnlich als nicht vorhanden betrachtet. Ich wiederhole: nur voller Schadenersatzanspruch des verletzten Arbeiters und das Recht, bei Erlaß, Einrichtung und Ueberwachung von Schutzmaßregeln mitthätig zu sein, sind geeignet, der ungeheuren Steigerung der Unfälle entgegenzutreten. (Beifall bei den Sozialdem.)

Nach kurzen Bemerkungen des Abgeordneten Franken (NL.), der ausführt, daß sich die sozialdemokratischen Arbeiter mit ihren Forderungen nur zu Herren der Betriebe machen wollten, schließt die Diskussion. Das Kapitel wird bewilligt; ebenso der Rest des Ordinariums des Etats des Reichsamts des Innern und sodann die Einnahmen. (Das Extraordinarium ist an die Budgetkommission überwiesen.)

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs über die Konsulargerichtsbarkeit.

Unterstaatssekretär Frhr. von Richthofen bemerkt, die Grundsätze des Bürgerlichen Gesetzbuches hätten nun auch in der Konsulargerichtsbarkeit Anwendung finden müssen.

Schrader (FVg.) beantragt die Verweisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission.

Nach unwesentlicher Debatte wird der Gesetzentwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurf betreffend die Patentanwälte.

Schrader (FVg.) ist mit der Tendenz des Gesetzentwurfs einverstanden. Der Soliditätsnachweis sei wünschenswerth im Interesse der vielen unerfahrenen Leute, die oft von gewissenlosen Patentanwälten ausgebeutet werden. In den Einzelheiten scheine ihm nicht immer das Richtige getroffen. Es werde von den künftigen Patentanwälten zu viel verlangt. Die Hauptsache bleibe die praktische Ausbildung. Er beantrage, den Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen (Beifall).

Möller-Duisburg (NL.): Bedenken habe ich gegen den § 3, der das Reifezeugniß einer ausländischen höheren Lehranstalt ausnahmsweise zulassen will. In die vorgeschlagenen Ehrengerichte sollte man mehr Ingenieure als Patentanwälte wählen. Auch ich meine, daß es hauptsächlich auf technische Tüchtigkeit ankommt. Alles in allem ist die Befriedigung groß, daß der Gesetzentwurf eingebracht worden ist.

Dr. Oertel (DK.): Die vielen Prüfungen sind bei guter Vorbildung überflüssig. Die Gegenleistungen, die wir dem Patentanwalt bieten, sind im Verhältniß zu den Anforderungen gering. Es wird sich fragen, ob wir ihm nicht ein Vertretungsmonopol beim Patentamt geben könnten. — Ich wünsche nur noch, daß der Befähigungsnachweis nicht nur für die Patentanwälte, sondern auch für die Handwerker eingeführt werde.

Staatssekretär Graf von Posadowsky: Wir müssen von den Patentanwälten auf technischem und juristischem Gebiete allgemeine Vorkenntnisse verlangen. Die Uebergangsbestimmungen sollen so milde als möglich gehandhabt werden. Es ist das ehrengerichtliche Verfahren monirt worden. Ich halte es für ausgeschlossen, den Patentanwälten ein Verfahren wie den Rechtsanwälten zu geben. Die Zweifel des Herrn Abgeordneten Möller sind meines Erachtens durch den Paragraphen 3 schon erledigt.

Müller-Meiningen (FVp.): Meine Partei wünscht eine unabhängige Stellung der Patentanwälte. Meine politischen Freunde werden für Kommissionsberathung stimmen.

Stadthagen (SD.): Dem Antrag auf Kommissionsverweisung stimmen wir zu, wenn wir uns auch mit dem Inhalt des Gesetzentwurfs nicht befreunden können. Der Patentanwaltsstand wird ein neues Privilegium für die Wohlhabenden sein. Ein neuer Schritt soll gethan werden, um die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen zu erweitern. Es ist ein Armuthszeugniß für die Behörden, daß sie Leute brauchen, die ihnen gegenüber eine besondere Sprache reden, weil sie die Ausdrucksweise des einfachen Mannes nicht verstehen. Außerdem kennen wir die Maßregelungen von Aerzten und Anwälten wegen ihres politischen Verhaltens und wollen nicht ein Gleiches bei den Patentanwälten erleben. Wir wünschen nicht, daß die Zahl der Behörden, die von politischen Behörden abhängig sind, noch erweitert werde. Die Kommission wird hoffentlich einen Entwurf zustande bringen, nach dem sich arme Erfinder an der Stelle Rath holen können, zu der sie Vertrauen haben. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky sucht die Wünsche, die der Vorredner in seinen Ausführungen geäußert hat, als undurchführbar hinzustellen.

Dr. Zwick (FVp.) ist mit der Vorlage im Ganzen einverstanden und bittet nur, in den Uebergangsbestimmungen so milde als möglich zu verfahren.

Kirsch (Z) glaubt, daß einzelne Unklarheiten und Schwierigkeiten im Gesetzentwurf noch beseitigt werden können.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Die Tagesordnung ist hiermit erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Etat des Reichsjustizamtes, kleinere Etats.)

Schluß 5¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Flotten-Novelle ist, wie das offiziöse „Wolff'sche Telegraphenbureau" mittheilt, dem Vernehmen nach Dienstag dem Bundesrath zugegangen.

Eine ins Wasser gefallene Flottendemonstration. Eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung tagte am Freitagabend in Oberlungwitz bei Chemnitz. Pfarrer Naumann, der Führer der Nationalsozialen, sprach in einer zweistündigen Rede für die Flottenvorlage. Redakteur Genosse Schöpflin-Chemnitz trat Herrn Naumann entgegen. Eine von Herrn Naumann eingebrachte Resolution, die sich für die Vorlage erklärte, wurde abgelehnt. — So kommt es, wenn die Sehnsucht der Herren nach dem Volke einmal Erfüllung findet. Sie sind gescheit genug, nicht zu uns zu kommen; erscheinen wir aber einmal bei ihnen, so erleiden sie klägliche Niederlagen. Naumann wird jetzt wohl ein wenig abgekühlt sein, hinsichtlich seiner Begierde, die Arbeiterschaft zu bekehren.

Krupp entsagt. Die Firma Krupp hat sich dem offiziösen „Ersuchen" der deutschen Regierung und dem Druck der öffentlichen Meinung gefügt. Wie das Bochumer „Volksblatt" erfährt, ist am letzten Donnerstag plötzlich die Weiterarbeit an den Zündern für die englischen Geschosse eingestellt worden. Am Sonnabend mußte auch an den Geschossen in der Geschoßdreherei die Arbeit eingestellt werden. Die bereits in Angriff genommenen Shrapnels wandern in das Lager. Mit dem „privaten" Dementi der „Rhein-W. Ztg." war es also nichts und es wurden für England flott Granaten hergestellt. — Die „Deutsche Ztg." will jedoch erfahren haben, daß Italien bei Krupp Bestellungen im Werthe von 50 Millionen Mark gemacht hat. Diese Bestellung erregt in unterrichteten Kreisen Verwunderung. Man traue Italien unter den jetzigen Umständen eine solche Bestellung nicht zu. In der That liegt der Gedanke nahe, Italien geographisch und völkerrechtlich als Brücke für Geschützlieferungen nach Südafrika zu benutzen.

Der straffreie Boykott. Der Fabrikant Vogel in Dettweiler hatte den bei ihm beschäftigten Arbeitern eröffnet, daß sie unweigerlich entlassen würden, wenn sie in der Wirthschaft eines gewissen Vogt dort verkehrten. Als Grund dafür gab der Unternehmer an, daß Vogt Sozialdemokrat sei und sozialdemokratische Versammlungen in seinem Lokale dulde. Vogt klagte gegen den Unternehmer beim Gericht und verlangte, daß dieser verurtheilt werde, den Boykott zurückzuziehen. Die Klage wurde vom Gericht zurückgewiesen. In der Begründung des Urtheils wird ausgeführt:

> Fabrikant Vogel sei zu dem Erlasse des Wirthshausverbots zweifellos berechtigt, da er seinen Arbeitern jede beliebige Bedingung, wie z. B. das Verbot des Wirthshausbesuchs überhaupt oder der Wirthschaft des Vogt speziell, setzen könne und es nur Sache der Arbeiter sei, ob sie sich solchen Bedingungen unterwerfen wollen oder nicht. Vogel habe annehmen können, daß der Wirth Vogt Sozialist sei. Als Arbeitgeber habe er aber alles Interesse, seine Arbeiter von allen Gelegenheiten und Lokalen fernzuhalten, in welchen sie nach seiner Vermuthung Einflüssen ausgesetzt sind, die bei ihnen nur Unzufriedenheit hervorrufen und nur dazu beitragen können, das gute Einvernehmen zwischen ihm und seinen Arbeitern zu trüben.

Auch wir sind der Meinung, daß nach Lage der Gesetzgebung gegen den Boykott nicht eingeschritten werden kann, nur ist es auffällig, daß Arbeiter schon so oft wegen Boykottirens bestraft worden sind. Es ist auch ganz richtig, daß es praktisch Sache der Arbeiter ist, sich gegen ungehörige Zumuthungen des Unternehmers zu wehren. Daß aber ein Unternehmer den Arbeitern solche unwürdige Bedingungen stellen kann, ist ebenso kennzeichnend für die Rückständigkeit unserer Zustände, wie die Art, wie das Gericht in aller Seelenruhe konstatirt, daß der Unternehmer nur in Wahrung seiner Interessen handelt, wenn er die Arbeiter zu seinen Hörigen herabwürdigt.

Kleine politische Nachrichten. In der Wahlprüfungskommission des Reichstages wurde Dienstag die Wahl des Abg. Baron de Schmid (12. Elsaß-Lothringen; Saargemünd-Forbach, fraktionslos) beanstandet. Es sollen Erhebungen über verschiedene Protestbehauptungen stattfinden. — Im Reichstage wurde Dienstag folgende Interpellation eingebracht: „Welche Schritte haben die Verbündeten Regierungen gegenüber der Beschlagnahme deutscher Schiffe durch Organe der englischen Regierung gethan?" Die Interpellation ist von dem Abg. Möller (NL.) eingebracht und von sämmtlichen Reichstagsmitgliedern, ausgenommen den Sozialdemokraten und den Fraktionslosen, unterzeichnet. — In der Geschäftsordnungskommission des Reichstags stand Dienstag der Antrag der freisinnigen Volkspartei zur Berathung, das Mandat des Abg. Jacobsen (FVp) aus Veranlassung der Eröffnung des Konkurses über das Vermögen desselben für erloschen zu erklären. Die Kommission beschloß mit 8 gegen 3 Stimmen, dem Plenum zu empfehlen, das Mandat für nicht erloschen zu erklären, da die Verfassung für diesen Fall das Erlöschen des Mandats nicht vorschreibt. — Die Ausschmückungskommission des Reichstags hat am Montag die vom Reichsamt des Innern mit dem Münchener Professor Stuck über den bekannten abgelehnten Deckenfries „Die Jagd nach dem Glück" getroffenen finanziellen Vereinbarungen genehmigt. — Die Budgetkommission des Reichstags nahm am Dienstag bei der Berathung des Post-Etats auf Antrag des Abgeordneten Eickhoff von der Freisinnigen Volkspartei eine Resolution an, welche den Reichskanzler ersucht, durch einen Nachtragsetat für das Jahr 1900 die Gehaltsstufen für die Bureau-Assistenten und Kanzlisten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sowie für die Ober-Post- und Ober-Telegraphenassistenten, Post- und Telegraphenassistenten und Postverwalter anstatt auf 1500, 1700, 1900, 2100, 2300, 2500, 2700, 3000 Mk. festzusetzen auf 1500, 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000 Mk. Staatssekretär v. Podbielski theilte mit, daß sich die Litewka für die Unterbeamten bewährt haben. — Wie der Berliner „Volks-Zeitung" von angeblich gut unterrichteter Seite mitgetheilt wird, gedenkt der Kaiser zu seiner diesjährigen Geburtstagsfeier eine Amnestie zu erlassen für solche Vergehen, welche mit Strafen bis zu sechs Monaten zu verbüßen sind. — In Danzig fanden gestern und heute, Dienstag und Mittwoch Konferenzen statt, in denen die vom Oberpräsidenten v. Goßler bekanntlich angeregte Gründung industrieller Unternehmungen großen Stiles in Westpreußen und Posen erörtert werden soll. — Die unter Vorsitz des Staatskommissars in Anwesenheit von Vertretern des Landwirthschafts- und des Handelsministeriums am Montag in Berlin stattgehabten Berathungen der Delegirten der Landwirthschaft und des Produktenhandels haben nach einer offiziösen Meldung zu so befriedigenden Resultaten geführt, daß in absehbarer Zeit das Wiedererstehen einer Produktenbörse in Berlin erwartet werden darf. — In der bekannten Rawitscher Fahnenangelegenheit verurtheilte die Strafkammer in Lissa den polnischen Probst Dulinski wegen Beleidigung des Offizierkorps zu 200 Mk. Geldstrafe. — Das Reichsgericht verwarf die von den Redakteuren Giesen, Köppen und Malten gegen das Urtheil der Darmstädter Strafkammer vom 13. Oktober 1889 eingelegte Revision. Giesen von der „Frankfurter Zeitung" war wegen Beleidigung der hessischen Regierung (aus Anlaß des Falles Küchler) zu 6 Monaten Gefängniß, Köppen vom „Mainzer Journal" und Malten von den „Mainzer Neuesten Nachrichten" wegen Abdruck des beleidigenden Artikels zu je 500 Mark Geldstrafe verurtheilt worden — Die Pariser jungtürkische Kolonie hielt am Sonntag eine Versammlung ab, in welcher über die Zustände am Hofe des Sultans berichtet und über die Ziele der Jungtürken Beschluß gefaßt wurde. Mahmud Pascha äußerte sich dahin, daß der Sultan ein unwissender, profaner Despot sei, während die übrigen Redner erklärten, daß nur ein Thronwechsel eine Aenderung der unhaltbaren Zustände herbeiführen könne. Mahmud Pascha, der das oben zitirte Urtheil über den Sultan fällte, ist bekanntlich der Schwager desselben. — Das Bestehen einer Ministerkrisis in Serbien wird am Montag Abend von Nisch aus in Abrede gestellt. — Japan möchte die militärische Erziehung der Chinesen übernehmen. Die japanische Regierung hat nach einer Pekinger Meldung des „Reuter'schen Bureaus" vom Montag der chinesischen endgültig das Anerbieten

gemacht, in Peking eine Militärakademie zu errichten, in der chinesische Kadetten durch japanische Offiziere ausgebildet werden sollen. Die chinesische Regierung hat noch keine definitive Antwort ertheilt; man glaubt aber, daß sie den Vorschlag anzunehmen geneigt sei. — Die „Agence Havas" meldet über Hongkong: Die Filipinos griffen die Amerikaner in San Mauteo und Paranaque bei Manila an; 146 Amerikaner, darunter ein Oberst, wurden getödtet. Die amerikanischen Behörden ließen 25 angesehene Bewohner Ilo Ilos erschießen. Der Unwille ist allgemein. Die Filipinos sind entschlossen, ihre Unabhängigkeit bis zum äußersten zu vertheidigen.

Oesterreich-Ungarn.

Der Zickzackkurs in Wien. Zweimal hat der Kaiser Franz Josef mit den Delegationsmitgliedern zu Mittag gespeist; zweimal hat er dabei geredet. Am 13. d. M. nahm er sich den Jungtschechen Dr. Stransky vor und eröffnete ihm, er werde die Zde Bewegung unter Umständen durch Standrechtsjustiz bekämpfen und ferner der also Verurtheilten amnestiren. Er forderte schließlich die Tschechen sehr energisch auf, „die Armee in Ruhe zu lassen." Das klang, als ob er in den Tschechen Gegner der Disziplin und des Völkerfriedens sähe, aber Montag aß Kaiser Franz Josef wieder mit den Delegationsmitgliedern, nahm sich wieder einen tschechischen Abgeordneten, den Dr. Jaczek, bei Seite und erklärte diesem, „er werde nicht zugeben, daß die künftige Regierung eine Regierung der Linken werde, den Tschechen dürfe in keiner Weise Unrecht geschehen." Nun freuen sich die Deutschen über das Kaiserwort vom 13. und die Tschechen über das vom 15. d. M., woraus zu ersehen ist, daß richtig loyale Unterthanen am Zickzackkurs immer eine Freude haben.

Finland.

Knutenpolitik. Die Zeitungscensur in Finland ist im vergangenen Jahre so streng gehandhabt worden, wie noch nie zuvor. Die „Nya Pressen" veröffentlicht eine Statistik, wonach 4 Zeitungen für immer unterdrückt wurden und 17 Zeitungen längere oder kürzere Zeit nicht erscheinen durften. Von den 17 gemaßregelten Zeitungen (8 finnischen und 9 schwedischen) wurden 6 mehrere Male von einem Censurverbot betroffen, und alle zusammen waren 43 Monate lang zum Schweigen verurtheilt. Besonders viele Maßregelungen erfolgten im Hochsommer und Herbst, während der Generalgouverneur Bobrikow beurlaubt war und General Schipow ihn vertrat. Daß einzelne Zeitungsnummern eines Artikels wegen, den der Censor in der ihm vorliegenden Fassung beanstandete oder ganz strich, erst verspätet, erscheinen konnten, während die Auflage schon gedruckt wurde, kam täglich vor. Der „Nya Pressen" passirte das 32 mal, und im Ganzen waren 386 solcher Fälle zu verzeichnen. Ihre Zahl betrug dagegen 1898 nur 98, 1897 40, 1896 58 und stieg nur 1893 auf 215. Seit Neujahr erscheint unter dem Titel „Finnländische Zeitung" ein offizielles Organ des Generalgouverneurs, das den Zweck verfolgt, die Finländer im russischen Sinne zu bearbeiten und „gegenseitige Sympathien zu erwecken". Das wird dem Blatte aber nicht leicht werden, zumal es vorläufig nur in russischer Sprache erscheint. „Sobald es möglich ist", soll auch eine Wochennummer in finnischer Sprache erscheinen. Warum ist das nicht jetzt schon möglich? An Geld wird es doch nicht fehlen. Die Schwierigkeit liegt vielleicht darin, daß man keine finnischen Redakteure und Setzer findet. Aber selbst wenn dieser Mangel gehoben wird, an finnischen Lesern dürfte es dem Blatte immer fehlen.

Brasilien.

Eine Staatsumwälzung stellt eine Mittheilung der „Polinschen Korresp." in Aussicht. Aus Rio de Janeiro berichtet man der „Korresp.":

„In Brasilien häufen sich in neuerer Zeit die Anzeichen wachsender Desorganisation des republikanischen Staatswesens in ernster Weise. Die imperialistische Propaganda, ermuthigt durch die allgemeine, tiefe Unzufriedenheit infolge des großen staats- und privatwirthschaftlichen Rückganges in allen Provinzen, tritt sehr zuversichtlich und mit zunehmender Wirkung auf, verbreitet in der Bevölkerung Manifeste mit vernichtenden Kritiken der bisherigen Erfolge des Republikanismus und erstreckt ihre Thätigkeit bereits auf die Kasernen. In den Staaten Minas, Matto Grosso, Parana und Bahia, deren letzterer überdies furchtbar unter abnormer Dürre leidet, sind neue politische Parteigruppirungen im Zuge, welche den gegenwärtig Regierenden schwere Besorgnisse einflößen. Der baldige Eintritt großer Ueberraschungen gilt keineswegs für ausgeschlossen. Es ist abermals vielfach von der Verpachtung der Zentralbahn zur Erleichterung der staatsfinanziellen Nothlage und von einem Regierungswechsel behufs Ablenkung der Unzufriedenheit die Rede; daß aber dadurch der unverkennbare Niedergang aufgehalten werden könnte, wird von langjährigen genauen Kennern der dortigen Verhältnisse entschieden bezweifelt."

Die „genauen Kenner" scheinen im imperialistischen Lager selbst zu sitzen; ihre Mittheilung an die „Polit. Korresp." wäre dann nur Stimmungsmache. Aber für wen? Dom Pedro, der letzte Kaiser, hat nur zwei Töchter hinterlassen, die sich ihrerseits lediglich durch bigotte Bornirtheit auszeichneten. Die älteste, Isabel, die als Thronfolgerin galt, ist an einen Grafen d'En verheirathet, der ebenfalls durch fromm-feudalen Lebenswandel glänzte. Und nach solcher Landesvaterschaft sollte sich Brasilien jetzt sehnen? Ein anderes republikanisches Regime mag zu erwarten sein, wenn das bisherige das Volk enttäuscht hat, für ein imperialistisches fehlt der Imperator.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. In größter Spannung harrt man der Nachrichten, welche eine Entscheidung am Tugela westlich und östlich von Colenso melden sollen, denn auf beiden Flügeln machen die Engländer Umgehungsversuche. Einem Telegramm der „Central News" zufolge gingen bereits am Montag in Durban Gerüchte um über einen verzweifelten Kampf am Tugela. Das Gerücht habe jedoch bisher noch keine Bestätigung gefunden. Alle Berichte werden, dem „B. T." zufolge, unterdrückt werden, bis General Buller das Resultat seiner jetzigen Vorwärtsbewegung kundgiebt. Der gutunterrichtete Mitarbeiter des „Morning Leader" erfährt, daß General Buller Montag Mittag noch in Prinsvil war. Der Uebergang über den Tugela ist also noch nicht erfolgt und dürfte überhaupt verschoben werden, bis der Fluß gefallen ist. Inzwischen ist ein gehörig verschanzter Brückenkopf vollendet worden.

Die Transvaalgesandtschaft in Brüssel bestreitet, wie das „B. T." meldet, daß die Buren vor Ladysmith zwei Positionen verloren. Die letzten Kämpfe bei Ladysmith seien lediglich verzweifelte Durchbruchsversuche Whites gewesen, die völlig gescheitert seien.

Eine offizielle Burenmeldung über die Lage um Ladysmith vom 9. d. Mts. sagt:

Die Engländer griffen am Sonnabend Abend diejenigen Abtheilungen der Buren an, welche auf dem südlichen Rande des Bester's Kop standen, und zwangen diese, sich zurückzuziehen. Kommandant Nel hat im Westen der Stadt und das Kommando von Pretoria im Norden Hügelreihen besetzt, welche Caesars Kamp beherrschen und von wo sie ein stetes Feuer auf die englischen Truppen unterhalten. Zwei Feldkornets des Kommandos von Pretoria halten dicht bei der Stadt einen Hügel in der Nähe des Punktes besetzt, wo die Eisenbahn nach Harrismith von der Hauptbahn abzweigt. Das Kommando von Pretoria hatte einen Verlust von sechs Todten und sieben Verwundeten bei dem unbedachten Versuch verschiedener Bürger, darunter Willemse, ein Fort zu stürmen. Weitere Einzelheiten über die Verluste auf Seiten der Buren werden im Laufe des heutigen Vormittags erwartet.

Diese Verluste sind dann auf 150 Mann an Todten und Verwundeten festgestellt worden, statt der 2000, von denen Londoner Blätter phantasirten. Die Engländer haben nach eigener Angabe 500 Mann verloren. Noch weitere zwei Depeschen sind aus dem Hauptquartier der Buren bei Ladysmith eingegangen; in der ersten, vom 12 Januar datirt, heißt es, in Ladysmith und längs des Tugela herrsche eine unheimliche Stille. Die zweite, vom 13. Januar datirt, berichtet: Der Angriff auf den Platrand-Hügel am vorletzten Sonnabend soll für die Engländer verhängnißvoll gewesen sein. In Ladysmith scheint es schlecht zu stehen. (In Kapstadt eingetroffene Meldungen besagen, daß in Ladysmith die Dysenterie stark epidemisch auftritt. Red.) Daraus erklärt sich die bemerkbar werdende lebhafte Thätigkeit der Truppen Bullers, die jetzt drei große Lager südlich vom Tugela haben, die sie beständig verstärken.

Aus Rendsburg (südlicher Kriegsschauplatz) liegen folgende Meldungen vor: Die Buren versuchten Montag Vormittag einen von einer Kompagnie des Yorkshire-Regiments und den Neuseelandertruppen besetzten Hügel zu nehmen, wurden jedoch mit dem Bajonett zurückgeworfen. Die Buren verloren (nach englischer Schätzung) 21 Todte und ungefähr 50 Verwundete. Von einem Hügel in der Nähe von Colesberg wurde, so meldet Reuters Bur. weiter, beobachtet, daß die Zelte der Buren ostwärts fortgeschafft wurden.

Einer Mittheilung von Seiten der Buren zufolge ist ein neuer Angriff auf das Lager von Molteno beabsichtigt. General Gatacre sandte eine starke, aus Infanterie und Artillerie bestehende Truppen-Abtheilung von Stormberg in die Richtung nach Stormberg, doch fand die Truppen-Abtheilung dort keine Spuren des Feindes. General Gatacre erwartet mit banger Sorge Verstärkungen.

Als Nachfolger des „erkrankten" Lord Methuen gilt General Sir Frederik Carrington, Kommandant der Belfaster Garnison. Er wurde nach London berufen und traf Montag auf dem Kriegsamt in London ein.

Amtlich wird berichtet: Die Garnison von Mafeking griff bei einem Ausfalle die Schanzen der Buren nachdrücklich an. Die Zelte der Buren wurden durchlöchert. Die Verluste der Angegriffenen werden nicht erwähnt.

Sehr mißmuthig sind die „Times" über die Situation in Pretoria. Sie lassen sich unterm 10. über Lourenzo Marques melden:

Die Burenregierung steigert unter der unschätzbaren Mitwirkung einer beträchtlichen Zahl britischer Unterthanen stetig den Ertrag der Minen und verschafft sich so die Mittel zur Entlohnung der Ausländer, die bei der Herstellung von Explosivgranaten beschäftigt sind, sowie der übrigen ihr zur Fortsetzung des Krieges behilflichen Kräfte.

Nach einer den „Times" aus Lourenzo Marques vom 13. d. M. zugegangenen Depesche warnt ein Artikel der „Volksstem", den der Korrespondent für augenscheinlich inspirirt hält, die Kapitalisten vor einem Vertilgungskriege. Die Goldindustrie des Rand werde unwiederbringlich zerstört werden, wenn es einmal klar werde, daß das einzige Ziel der englischen Politik die Vernichtung der zwei kleinen tapferen Nationen sei.

Dann wird der Familie Chamberlain der ganze Krieg keine Freude mehr machen.

„Daily Mail" meldet aus Lourenzo Marques vom 13. d. M.: Präsident Krüger erließ eine Proklamation, worin er alle Burghers an die Front beordert.

Die Stadtgarde in Pretoria tauscht ihre Mauisergewehre gegenwärtig gegen Martini-Gewehre ein, da die Mauser-Gewehre an der Front gebraucht werden.

In Pretoria befinden sich jetzt 3000 englische Gefangene. Die zuletzt Angekommenen sind die von ihren Kameraden bei Colesberg schmählich im Stich gelassenen 120 Mann des Suffolk-Regiments.

Infolge einer Abstimmung wurde Kommandant Terreira zum Oberstkommandanten der (Buren)-Westarmee ernannt.

Nach den „Kap-Times" belaufen sich die Streitkräfte der beiden südafrikanischen Republiken auf 87 000 Mann, nämlich 47 000 Transvaalburen, 4500 Fremde, 10 000 Uitländer, 27 500 Oranjisten und 7000 Rebellen. — Das dürfte zu knapp gerechnet sein, denn nach Angaben der englischen Presse stehen schon 20 000 Afrikander unter den Waffen, so daß die Gesammtfeldmacht der Buren 100 000 Kämpfer zählen würde.

Sonstige Meldungen. Der deutsche Kreuzer „Condor" ist am Sonntag in Lourenzo Marques angekommen. — Wie der „Times"-Korrespondent in Lourenzo Marques meldet, haben die portugiesischen Zollbehörden vor einigen Tagen drei Kisten mit Feldsignalapparaten, Distanzmeßvorrichtungen und Feldstecher als Kontrebande beschlagnahmt. Die Kisten, die auf dem der französischen Gesellschaft „Chargeurs Reunis" gehörigen Dampfer „Cordoba" ankamen, trugen auf der inneren Verpackung die Adresse „Staatsartillerie Pretoria".

Der Berliner Reise des belgischen Kammerpräsidenten Beernaert, der am Sonntag eine Audienz bei Kaiser Wilhelm hatte, wird in Brüssel große politische Tragweite beigemessen. Der „Soir" glaubt versichern zu können, daß die Berliner Reise Beernaerts mit der Friedensvermittelung zusammenhängt. Dieser und ähnlichen Meldungen gegenüber ist die größte Reserve geboten. Die „Kreuzztg." spricht von einem besonderen Auftrage seines Souveräns, zu dessen Erledigung Herr Beernaert in Berlin weilt. Er gedenkt seinen Aufenthalt noch über 8 Tage auszudehnen.

Zwei norwegische Offiziere begeben sich als Privatpersonen, jedoch mit öffentlicher Unterstützung von je 8000 Kronen nach Südafrika. Es verlautet, einer folge den Engländern, der andere den Buren.

Unter dem Vorsitze des Unterhausmitgliedes Courtney hat sich in London ein Komitee gebildet, das es sich zur Aufgabe setzt, genaue Nachrichten über den Stand der Dinge in Südafrika zu veröffentlichen und auf die politische Wichtigkeit einer Versöhnung zwischen der englischen und holländischen Rasse in Südafrika hinzuweisen, um dem jetzigen Konflikte so schnell als möglich ein Ende zu machen. Zu den Mitgliedern des Komitees gehören der Afrikareisende Selons, Lord Coleridge, Herbert Spencer und andere bekannte Persönlichkeiten.

In der Zweiten badischen Kammer wurde Montag eine Petition von 300 Offenbacher Bürgern verlesen, die den Landtag um Vermittelung des Friedens zwischen England und Transvaal auffordert. Die gutgemeinte Kundgebung wurde von den Abgeordneten mit großer Heiterkeit aufgenommen.

Ueber Prügelszenen an der Londoner Börse berichtet das „B. T.": Montag wurde ein deutscher Makler, von dem das falsche Gerücht verbreitet war, er habe seinen beiden Kommis, die als Cityvolunteers nach Südafrika gingen, erklärt, daß er ihre Plätze nicht für sie reserviren werde, von den übrigen Maklern angefallen, schwer mißhandelt und mit Füßen getreten, sodaß er ohnmächtig wurde. Als er wieder zur Besinnung kam, wurde er auf's neue mißhandelt und schließlich halb todt von der Börse getragen. Ein anderer deutscher Makler versuchte ihm beizustehen, wurde aber durch Mißhandlungen daran verhindert.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 17 Januar 1900.

Eine eigenartige Privatklage kam gestern vor dem hiesigen Schöffengerichte zum Austrag. In einer Vorstandssitzung des Arbeitsnachweises der Innung Bauhütte brachte am 2. Novbr. v. Js. der Maurerpartlier Mützel zur Sprache, daß gesagt werde, der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises, Herr Emil Müller, habe sich von einem Maurergesellen Geld in die Hand drücken lassen, damit er ihm sofort Arbeit vermittle. U. E. wäre es nun am Platze gewesen, diese im internsten Kreise vorgebrachte Sache unter der Hand gemeinschaftlich zu prüfen und dann dem Ergebniß der Prüfung entsprechende Maßnahmen zu treffen. Herr Müller dagegen hielt es für praktischer, — gegen Mützel eine Beleidigungsklage anzustrengen, weil dieser behauptet habe, daß Müller sich von dem Maurergesellen B. 5 Groschen habe in die Hand drücken lassen u. s. w. Ein Sühneversuch blieb erfolglos, weil der Beklagte aus sehr triftigen Gründen nicht erschien. Gestern stand nun Termin zur Verhandlung an. Der Kläger war durch Herrn Dr. Achilles, den Kompagnon von Dr. Heinr. Görtz vertreten, während der Beklagte ohne Vertheidiger erschien. Die Beweisaufnahme fiel völlig zu Gunsten des Beklagten aus. Er berief sich darauf, daß er lediglich pflichtgemäß und in ausdrücklicher Wahrung berechtigter Interessen das Gerücht, welches im Umlauf war, wiedergegeben habe, und daß nach Lage der Dinge von einer Absicht, zu beleidigen, überhaupt nicht die Rede sein könne. Der zwecks Erbringung des Wahrheitsbeweises geladene Maurergeselle B. bekundete, daß er 50 Pfg. zwischen seinen Papieren dem Geschäftsführer hingegeben, später aber nur die Papiere wiedererhalten habe. Die als Zeugen geladenen Meister Knabjohann und Cords konnten, obwohl sie seltsamerweise von Gehässigkeiten redeten, nichts zu Ungunsten des Beklagten aussagen, und die Zeugen Maurer Thormann und Zimmerer Lohrentz konnten nur bestätigen, daß von der Absicht einer Beleidigung nicht die Rede sein könne. Demnach war es kein Wunder, daß das Schöffengericht den Antrag des klägerischen Anwalts, den Kläger selbst zu laden, abwies und den Angeklagter freisprach. Der § 193 St.-G.-B. stehe ihm voll und ganz zur Seite, überdies sei der Wahrheitsbeweis erbracht. — Wir meinen, daß das Gericht, einerlei ob der Wahrheitsbeweis erbracht wurde oder nicht, Mützel freisprechen mußte. Wenn der § 193 überhaupt Zweck haben soll, so war er hier angebracht. Im ureigensten Interesse des Herrn Müller lag es, daß das Gerücht vorgebracht und geprüft wurde. Er hätte Mützel dafür dankbar sein sollen, daß dieser ihm Gelegenheit gab, dem Gerede ein Ende zu machen, und diejenigen, die ihm gerathen haben, den „Gehässigkeiten" durch eine Klage gegen einen aufrichtigen Menschen zu begegnen, haben ihm einen sehr schlechten Freundschaftsdienst erwiesen.

„Ich danke für die Ehre." Wie sehr es werthgeschätzt wird, Vorstandsmitglied der hiesigen Tischler-Zwangsinnung zu sein, beweist der Umstand, daß zwei Meister die Ehre ablehnten und lieber 20 Mk. Strafe blechten.

Zum Kieler Straßenbahnerstreik. Zur Aufklärung der Thatsache, daß von Lübeck Ersatzleute nach Kiel gesandt worden sind, theilen wir mit, daß u. W. sowohl die hiesige wie die Kieler Straßenbahn Zweige der Berliner Lokal- und Straßenbahngesellschaft sind. Ob die hiesigen Angestellten jetzt stärker zum Dienst herangezogen werden, steht dahin, ist aber anzunehmen. Ob die nach Kiel exportirten Leute dort überhaupt Dienst zu leisten im Stande sind, ist eine Frage, die zu bejahen der Verantwortlichkeit der Kieler Sicherheitspolizei unterliegt. — Die von hier nach Kiel geschickten Leute sind zurückgekehrt, ohne in Thätigkeit getreten zu sein.

Umgetauft ist auf Grund des neuen Invaliden-Versicherungsgesetzes die Hanseatische Versicherungs-Anstalt. Sie heißt jetzt „Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte" und Vorsitzender des Vorstandes ist Direktor Gebhard hierselbst.

Tief gesunken. Der frühere Schlachtermeister Jürgens wurde wegen Leichenfledderei zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte gegen den Rückfälligen 1 Jahr Zuchthaus beantragt.

* **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Donnerstag wird die entzückende Operette „Die Fledermaus" wiederholt. Dieselbe hat am vorigen Sonntag im Zuschauerraum wahre Lach- und Beifallsstürme entfesselt. Erwähnt sei, daß diesmal Frl. Fried den Prinzen Orlowsky singen wird.

pb. **In Haft** geriethen ein von der Staatsanwaltschaft Chemnitz wegen schweren Diebstahls verfolgter Arbeiter, drei Bettler und ein Trunkener.

pb. **Gestohlen** wurde aus einer Scheune in der Geninerstraße ein mit roth und weiß karrirtem Bezuge versehenes Oberbett.

Uebersicht der Lebenden und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat Dezember 1899. Geboren sind 211 Kinder davon 118 männlichen, 93 weiblichen Geschlechts, todtgeboren 2 Knaben, 3 Mädchen. Gestorben sind 55 Personen männlichen, 58 weiblichen Geschlechts, in Summe 113. Demnach Ueberschuß an Geburten 63 resp. 35, insgesammt 98. Auf 1000 Einwohner waren 33,18 Geburten, 17,77 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 21, von 1—5 Jahren 14, bis zu 10 Jahren: 2, bis zu 15: 1, bis zu 20: 4, bis zu 30: 4, bis zu 40: 7, bis zu 50: 8, bis zu 60: 6, bis zu 70: 10, bis zu 80: 24, bis zu 90: 12, über 90 Jahre: 0. Die Todesursache war Diphterie in 2, Keuchhusten in 2, Tuberkulose in 14, Lungenentzündung in 11, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 12, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall und Atrophie der Kinder in 6, Folgen des Wochenbetts in 0, Krebs in 9, angeborene Lebensschwäche in 3, Altersschwäche in 11, Unglücksfall in 0, Selbstmord in 0, Gelenkrheumatismus in 0, Herzleiden in 5, Krämpfe in 2, Nierenleiden in 8, Wassersucht in 2, Schlagfluß in 6, Typhus in 1, Masern in 0, Scharlach in 2, sonstige Krankheiten in 18, unbekannt in 4 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 49, Vorstadt St. Jürgen 11, St. Lorenz 25, St. Gertrud 10, die Krankenanstalten 18.

: **Stockelsdorf.** Der Arbeiter-Turnverein hielt am Freitag seine erste Uebung ab, an der sich 32 Mitglieder betheiligten. Beschlossen wurde, Geräthe im Werthe von 250 Mk. zu bestellen.

Ahrensburg. Arbeiterrisiko. In Gr. Hansdorf gerieth der Arbeiter Sengelmann mit dem rechten Arm in die Trommel einer Dreschmaschine. Das Glied wurde derart zermalmt, daß es sofort amputirt werden mußte.

Kiel. Der Straßenbahnerstreik ist beendet. Sämmtlichen Arbeiterkategorien wurden Lohnerhöhungen, allerdings nur geringer Natur, bewilligt. Sache der Arbeiter wird es nun sein, durch feste Organisation das Errungene festzuhalten.

Schwerin. Soldatenselbstmord. Ein Artillerist erhängte sich, angeblich, weil er fürchtete, sein Gesuch um Urlaub zur Unterstützung seiner alleinstehenden Mutter würde abgelehnt. Es heißt, das Gesuch sei bereits genehmigt gewesen.

Rostock. Durch Gase erstickt sind in der Nacht auf Dienstag zwei Knaben im Alter von 10—12 Jahren, zwei andere liegen schwer krank darnieder.

Bremen. Gestorben ist die Genossin Frl. Hoppe im 82. Lebensjahre. Unter dem Sozialistengesetze hat sie der Partei außerordentlich werthvolle Dienste geleistet.

Viehmarktbericht.

Hamburg, 16. Januar

Der Schweinehandel verlief ziemlich gut.

Zugeführt wurden 2920 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 46—48 Mk., leichte 46—47½ Mk., Sauen 38—44 Mk. und Ferkel 43—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1160 Stück. Preise: Beste 92—104 Mk. geringere 62—85 Mk. pr. 100 Pfd.

Inventur-Ausverkauf.

Die bei der stattgehabten Inventur **zurückgesetzten Waaren** sind **in allen Abtheilungen besonders ausgelegt** und kommen

vom Mittwoch ab

zu ganz erheblich herabgesetzten,

theilweise zu halben und noch niedrigeren Preisen

zum Verkauf.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Todesanzeige.

Heute, den 16. Januar, Morgens 9 Uhr, entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann und meiner Kinder liebevoller Vater

Joh. H. C. Steder

im fast vollendeten 46. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag den 19. d. M., Nachm. 1½ Uhr, von der St. Lorenz-Kirchhofs-Kapelle aus statt.

Schöner Reisekorb billig zu verkaufen An der Mauer 80.

Leere Farbetonnen

hat abzugeben

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Dem geehrten hiesigen, sowie auswärtigen Publikum empfehle ich mich vom heutigen Tage als

Decorationsmaler

sowie zur Uebernahme aller

Maler- und Anstreicharbeiten.

Ludwig Riechert
Lübeck, Hüxstraße 17.

Karl Willenbrock's Möbel-Magazin
Marlesgrube 9
empfiehlt gut gearbeitete
Möbel, Spiegel- und Polster-Waaren
zu soliden Preisen.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Achtung!

Schmiede u. verw. Berufsgenossen

Donnerstag den 18. Januar, Abends 8½ Uhr:

Große öffentliche Versammlung

im „Vereinshaus", Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Herrn Dr. Schlüter:

Tuberkulose und Kinderkrankheiten.

— Frauen und Gäste sind freundl. eingeladen. —

Der Einberufer.

Hansa-Halle. Heute Donnerstag, Anfang 7 Uhr: **Benefiz für die Bedienung.**

Herren 30 Pfg., eine Dame frei. Damen 20 Pfg.

Täglich frisches Kopffleisch 30 Pfg., gekochtes u. geräuchertes Rindfleisch 40 Pfg., Schwarzsauer, prima Schmalz 60 Pfg., fetter Speck 60 Pfg., mag. Speck 70 Pfg., geräuch. Carbonade 75 Pfg., geräuch. Schweinefl. 65 Pfg., geräuch. Mettwurst 90 Pfg., gek. Mettwurst u. Leberw. 70 Pfg., Rotbw. u. Preßwurst 50 Pfg., ff. verschiedenen Aufschnitt empfiehlt **M. Lahrtz, Böttcherstraße.**

Versuch macht klug!

Herren-Sohlen u. Flecke von Mark 2,00
Damen- do. u. do. von do. 1,50
Mädch.- u. Knab.- do. u. do. von do. 0,90

Alle anderen Reparaturen billigst.
Jede Reparatur wird sofort ausgeführt.

Deutsch-Amerikanische Schuhwaaren-Reparatur-Anstalt
Königstr. 48
Ecke Alter Schrangen.

In Tuben für 2—3 Paar Sohlen und Absätze ausreichend — à 60 Pfg. per Tube — vorräthig bei
Wilh. Ausborn Nachf., Max Assmy, Beckergrube 68.
A. Drenske Nachf., Breitestraße.
Hugo Haendler, Schuhlager, Breitestraße.
Hans A. Hanson, Exportgeschäft.
Ferd. Kayser, Breitestraße.
D. Levin, Schuhlager, Marlesgrube.
Henning von Hinden, Drogerie.

Mitglieder-Versammlung

der Central-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der deutschen Schiffbauer anstatt Sonnabend

am Donnerstag den 18. Januar

Abends 8 Uhr
bei Herrn Jürss, Engelsgrube 59.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung
2. Delegirtenwahl zur außerordentlichen Generalversammlung am Sonntag den 21. Januar in Hamburg zwecks Statutenänderung.

Die örtliche Verwaltung.

Oeffentl. Vortrag

in der Kapelle Königstr. 121
Donnerstag den 18. Jan. 1900
Abends 8 Uhr.

Thema: „Sehet, ihr Verächter, und verwundert euch, und werdet zu nichte; denn ich thue ein Werk zu euren Zeiten, welches ihr nicht glauben werdet, so es euch Jemand erzählen wird."
(Apostelgesch. 13, 41.)

Jeder, der Gottes Wort achtet, aber auch Alle, die es verachten, werden hiermit freundlichst eingeladen!

Quartett-Verein Luba.

Vorläufige Anzeige.

Großer Maskenball

mit Preisvertheilung
am Donnerstag den 8. Februar
in den Central-Hallen.

Karten sind zu haben bei Herrn W. Borgwardt, Central-Hallen, und H. Helmke, Krähenstraße 18.

Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Donnerstag. Opernpreise.

Die Fledermaus.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Umgebung" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Thesd. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 14. Donnerstag, den 18. Januar 1900. 7. Jahrgang.

Nichts zu wollen!

Die bürgerlichen Sozialreformer vom Schlage Berlepsch und Naumann sind untröstlich über die Hartnäckigkeit, mit der sich die Arbeiter gegen die Flottenpolitik stemmen. Das Naumann'sche Organ „Hilfe" und ganz besonders die „Soziale Praxis" des Exministers Berlepsch versuchen's immer wieder, den Arbeitern in's Gewissen zu reden und das „Verständniß" für die Flottenpolitik zu wecken. Nachdem sich schon im alten Jahre der Redakteur der „Sozialen Praxis", Dr. Francke, in längeren Ausführungen an die Arbeiter gewandt hat, setzt er im neuen Jahre seinen Aufklärungsdienst fort. In der vorletzten Nummer der genannten Zeitschrift hat Francke glücklich drei Gründe gefunden, die die Arbeiter gleichsam zwingen müssen, eine Weltpolitik nach neuestem Muster zu unterstützen. Wirthschaftlich — meint er — kämen die Ergebnisse einer auf eine starke Flotte gestützten Weltpolitik außer dem Kapitalismus und dem Unternehmerthum in allererster Linie der Arbeiterschaft zu Gute. Dauernde Beschäftigung, höhere Löhne, bessere Lebenshaltung, gesteigerte Leistungsfähigkeit seien die Folgen, die sich jetzt schon bemerkbar machten. Eine Unterbrechung dieser Entwickelung würde für die Massen am verhängnißvollsten sein. Diesem Grunde gegenüber möchten wir auf ein anderes Urtheil verweisen, in dem ein für die Flotte übrigens stark begeisterter Universitätsprofessor gerade das Gegentheil als Folgen der Weltpolitik für die Arbeiter zusammenfaßt. In einem Aufsatz über „Industriestaat und Agrarstaat" hat Professor Adolf Wagner in der Harden'schen „Zukunft" ausführlich nachzuweisen versucht, daß die moderne Weltpolitik dem deutschen Arbeiter nur Nachtheile bringt, in allererster Linie Krisen, niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit und schlechtere Lebenshaltung bewirke. Man sieht daraus, daß die bürgerliche Wissenschaft noch nicht einmal darüber einig ist, ob die Weltpolitik den Arbeitern nur Vortheile oder nur Nachtheile bringt. Bis dort erst eine Einigung erzielt ist, kann man es der Arbeiterklasse nicht zumuthen, sich den Argumenten der Flottenenthusiasten anzuschließen. Man braucht sich noch gar nicht einmal schlankweg auf die Seite von Adolf Wagner zu stellen, so wird man doch nicht behaupten können, daß die Arbeiterschaft besonders an den Vortheilen der Weltpolitik betheiligt ist.

Als zweiten Grund führt Francke einen sozialen Gesichtspunkt an. Er meint, die wirthschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterklasse infolge der Weltpolitik bedeuteten die Verstärkung ihres Einflusses im Leben von Volk und Staat. Aus den Armen und Elenden, die unter der bitteren Noth schmachten, stiegen die Starken empor, die ihr gleiches Maß von Rechten neben den Pflichten fordern und durchsetzen. Wir hätten eigentlich nicht nöthig, auf diesen Gesichtspunkt näher einzugehen, da er schon dadurch widerlegt ist, daß seine wirthschaftliche Voraussetzung, nämlich der oben behandelte erste Grund, nicht zutrifft. Aber angenommen, sie träfe zu, die Arbeiter hätten von der Weltpolitik wirklich den immensen wirthschaftlichen Vortheil, wie ihn Dr. Francke behauptet, so wäre es doch verkehrteste Taktik, wenn die Arbeiter dadurch zu Macht und Einfluß kommen wollten, daß sie der Regierung einen Bewilligungseifer in Flottenfragen zeigten, sie, die im ganzen Staatsleben, in der Verwaltung und unter Umständen sogar vor dem Richter als Bürger minderen Rechts betrachtet werden. Die Sozialdemokratie wäre werth, von der Regierung wie die Nationalliberalen behandelt zu werden, wenn sie sich eine derartige Rückgratlosigkeit zu Schulden kommen ließe. Also schon rein taktisch betrachtet, ist es eine Kindlichkeit, ein solches Verlangen an die Sozialdemokratie zu stellen.

Endlich appellirt der Aufsatz in der „Sozialen Praxis" noch an unsere Bestrebungen für die Weltkultur. Wir bekommen da nebenbei eine ordentliche Portion Lobeserhebungen ab. Es entspreche dem Charakter der deutschen Arbeiterbewegung, die nach sittlicher Veredelung und geistiger Hebung verlange, daß eine friedliche Weltpolitik zugleich die mächtigste Förderung der Weltkultur bedeute. Wir geben ohne weiteres zu, daß die Förderung der Weltkultur, so lange der wirthschaftliche Konkurrenzkampf der Nationen in seiner heutigen Schärfe noch nicht zu Ende geführt ist, meist nur die Folge oder das Resultat von Handlungen oder Vorgängen ist, die sehr oft das gerade Gegentheil von Kultur darstellen. Aber deswegen haben doch wahrhaftig die Arbeiter nicht nöthig, mit derartigen Mitteln wie Panzerschiffen ꝛc. die Weltpolitik zu beschleunigen! Wenn diese Kultur unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht anders gefördert werden kann, so ist damit doch nicht gesagt, daß sie überhaupt nie mit anderen, besseren Mitteln vorwärts gebracht werden könnte.

Die Stellungnahme der Arbeiter zu allen Flottenvorlagen ist unseres Erachtens, so wie die Dinge heute liegen, sehr einfach. Wir haben gar nicht nöthig, uns darüber weiter den Kopf zu zerbrechen. Unser Unternehmerthum und unsere Regierung, sowie unsere ganze Wirthschafts- und Rechtsordnung stehen auf dem Standpunkt, daß der Arbeitgeber, der Unternehmer und Kapitalist das Privilegium hat, einen besonderen Gewinn, den Unternehmergewinn, einzuheimsen. Dieses Recht, das die betreffenden Kreise weidlich ausnützen, ist ihnen wegen des besonderen Risikos eingeräumt, das sie bei dem Vertrieb ihrer Waaren, bei der jeweiligen Lage der Konjunktur und der Weltmarktsverhältnisse haben. Der Absatz der Produkte, die Produktion selbst stehen ganz unter der Leitung des Unternehmerthums. Die Arbeiter haben nichts darein zu reden, vielmehr wollen die Unternehmer die „Herren im Hause" auf wirthschaftlichem Gebiete sein und bleiben. Wenn sie nun in Folge dieser Stellung innerhalb des Wirthschaftslebens besondere Rechte für sich in Anspruch nehmen und in der That auch ausüben, so müssen sie auch das ihnen daraus erwachsende Risiko tragen. Zu diesem Risiko rechnet man aber Alles, was zur Erleichterung oder zum Schutze des Absatzes auf überseeischen Märkten gehört, also zwar nicht nach unserer, wohl aber gerade nach der Meinung kapitalistischer Kreise die berühmte starke Kriegsflotte.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Waschfrauen in Bad Elster haben sich in einer gemeinsamen Besprechung dahin geeinigt, nicht mehr für den bisher üblichen Satz von 1,50 Mk. täglich zu arbeiten, sondern 1,80 Mk. zu fordern. Zunächst wurden die Plätter und Plätterinnen davon in Kenntniß gesetzt. In der künftigen Badesaison will man es eventuell auf einen Streik ankommen lassen. — Der Streik der Former bei Gebr. Reuling in Neckarau bei Mannheim beschäftigte eine öffentliche Versammlung der Former und Gießereiarbeiter, die am 10. ds. Mts. stattfand. Im Streik stehen noch 27 Mann, die andern sind abgereist oder anderweitig beschäftigt. Die schwarzen Listen floriren auch bei diesem Streik. Auf Druck des Mannheimer Fabrikantenringes wurde Streikenden die in einer Mannheimer kleinen Gießerei beschäftigt sind, gekündigt. Dem betreffenden Unternehmer (Capallo) wurde gedroht, daß ihm die Arbeit entzogen würde. Hier wäre die Anwendung des Groben Unfug-Paragraphen weit mehr angebracht, als gegen die Streikposten. Diesen Maßregeln gegenüber faßte die Versammlung den Beschluß, die Sperre über sämmtliche Gießereien Mannheims zu verhängen. Zuzug ist fernzuhalten. — Im Buschtehrader Steinkohlenrevier (Böhmen) brach ein Streik aus. Montag sind die Belegschaften der Gruben „Staatsbahn", „Buschtehrader" und „Prager Eisenindustrie" nicht eingefahren.

Die Lage des Arbeitsmarktes wies nach der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt" infolge des Frostwetters in der zweiten Hälfte des Dezembers Züge einer gewissen Ermattung auf. Zunächst trat im Baugewerbe todte Saison ein und übte sofort auch einen Rückschlag auf alle mit ihm zusammenhängenden Erwerbszweige, wie Cementindustrie und Ziegelei, aus. Einige Tage litt auch der Bergbau und die Eisenindustrie unter dem Wagenmangel, zahlreiche Schichten mußten ausfallen. Indessen setzte die lebhafte Beschäftigung zu Anfang des Jahres wieder ein. Auch die Textilindustrie bietet jetzt ein Bild eifriger Thätigkeit. In der allgemeinen Prosperität hat das Weihnachtsgeschäft diesmal eine Ausdehnung gehabt, wie in keinem der letzten Jahre. Alle irgendwie verfügbaren Kräfte wurden vom Handelsgewerbe als Verkäufer, Austräger, Packer ꝛc. in Anspruch genommen. Daraus ist auch die erhebliche Erleichterung des Arbeitsmarktes zu erklären, wie sie in den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise an die genannte Zeitschrift zu entnehmen ist. Auf 100 offene Stellen entfielen im Dezember 1899 nur 127,6 gegen 134,2 Stellensuchende im Vorjahre.

„Verein Arbeiterpresse". Am 14. Januar wurde auf einer in Halle veranstalteten Konferenz sozialdemokratischer Schriftsteller ein Verein gegründet, der den Namen „Verein Arbeiterpresse" führt. Der Zweck des Vereins ist, die Berufsinteressen seiner Mitglieder allseitig zu fördern. Zum Beitritt sind zugelassen alle Redakteure der Partei- und Gewerkschaftspresse sowie die Berichterstatter und Schriftsteller für die Arbeiterblätter. Der Monatsbeitrag ist auf 1 Mk. festgesetzt. Zum Vorsitzenden wurde A. Thiele, Halle a. S., gewählt.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Wegen Meineides, den er gegen Entgelt von einer Mark geleistet hatte, wurde der frühere Schuhmacher, jetzige Winkelkonsulent Otto Thieme zu Köpenick vom Schwurgericht des Berliner Landgerichts I nach zweitägiger Verhandlung zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren und fünfjährigem Ehrverlust verurtheilt. — In Neuteich (Westpr.) wurde Sonntag die Frau eines Postboten und ihre zwei Kinder im Alter von zwei und vier Jahren in ihrer Wohnung todt aufgefunden. Es liegt Vergiftung durch Kohlendunst infolge von Fahrlässigkeit vor. — In Danzig sind Montag bei einem Feuer drei Kinder verbrannt. Sieben Kinder schwebten in großer Lebensgefahr, konnten jedoch gerettet werden. — Auf einem Gut im Werder bei Danzig erstickten drei Dienstmädchen infolge Einathmens von Kohlengas. — In einem Dorfe bei Görlitz ermordete eine Fabrikarbeiterin ihren unehelichen fünfjährigen Sohn und dann sich selbst. — Ein Doppelmord wurde in der Nacht zum Montag in dem Dorfe Westewitz (Amtshauptmannschaft Döbeln) verübt. Die Ehefrau des Besitzers Bayer und ihre 13jährige Enkelin sind mit einer Axt erschlagen worden. — Ueber eine Million Mark sollen die Werthsendungen betragen, die durch die Eisenbahnkatastrophe, von der, wie mitgetheilt, kürzlich der von Weißenburg kommende D-Zug Berlin-Frankfurt-Basel bei Station Bischweiler betroffen wurde, vernichtet worden sind. Der verbrannte Postwagen enthielt die gesammte Post aus Norddeutschland nach der Schweiz und Italien. Bei den Aufräumungsarbeiten wurden mehrere Klümpchen geschmolzenes Silber, theilweise mit Gold vermischt, und 7 Taschenuhren gefunden, die von den Werthgegenständen in den Postbeuteln herrühren. — Ein moderner Blaubart ist in Lyon verhaftet. Der Italiener Richetto ist der Ermordung von zwei Frauen verdächtig, deren zerstückelte Ueberreste man vor einigen Tagen in einem Teiche fand. Dieser Mann, dessen Vergangenheit dunkel ist, von dem man aber weiß, daß er vor etwa zehn Jahren nach Frankreich kam, nachdem er in Turin eine fünfjährige Gefängnißstrafe wegen Diebstahls abgebüßt hatte, fristete zuletzt sein Dasein in Lyon als Krämer und Hausirer. In seiner Kammer sind Zeitungsblätter gefunden worden, deren Titel und Datum mit denen übereinstimmen,

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.

Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Rümelin.

(11. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

In einer derartigen Natur entsteht die Liebe wie der Wind auf der Oberfläche eines fernen Meeres. Niemand kann sagen, von wannen er kommt oder wohin er bläst: aber er ist da und wühlt die Wasser zu einem Sturme auf, so daß sie sich den ganzen langen Tag donnernd brechen und ihre weißen Arme in die Höhe recken, als wollten sie die flüchtige Luft erfassen, bis die Nacht, die der Tod ist, herniedersinkt und sie bedeckt.

Wie ist dies zu erklären? Warum wühlt der Wind die großen Wasser in ihrer Tiefe auf? Wenn er über seichte Tümpel dahinfährt, so vermag er doch nur ihre Oberfläche zu kräuseln und Schatten über sie zu werfen. Wir können es nicht sagen, aber das eine wissen wir — nur Tiefen können in der Tiefe bewegt werden. Das ist die Strafe der Tiefe und der Größe, das ist der Preis, den sie bezahlen. für das Vorrecht des Leidens und des Mitempfindens. Die seichten Tümpel, die Spiegel unsres kleineren Lebens, wissen nichts, fühlen nichts! Die Armen! sie können sich nur kräuseln und fremdes wiederspiegeln. Doch zu der tiefen See in ihrer Qual dringt vielleicht in der Stimme des Sturmes ein Echo hernieder von der Stimme des Allmächtigen, und vielleicht sieht sie, wenn sie sich in Todesangst und Verzweiflung erhebt und ihre Wogen hin und her wälzt, einen Strahl des ewigen Lichtes.

Das Leiden, wenigstens das innerliche Leiden, ist ein Vorrecht der Größe und trägt gerade damit auch eine köstliche Freude in sich, denn schließlich wird doch alles wieder ausgeglichen. Solche Herzen können in einer erhabenen Glückseligkeit und Wonne erbeben, für welche die große Masse der Menschen unempfänglich ist.

Und so drang auch in dieser Stunde der herbsten Bitterkeit und des tiefsten Jammers ein Strahl des Trostes in Jeß' Brust, gerade in dem Augenblick, in dem der erste Strahl des Tages in die stürmische Nacht fiel. Sie wollte sich selbst ihrer Schwester opfern — dazu hatte sie sich entschlossen, und damit kam der erste ferne Schimmer des Glückes, denn in der Selbstaufopferung liegt Glück, was auch immer die Cyniker sagen mögen. Zuerst hatte sich die Natur des Weibes in ihr dagegen empört. Warum sollte sie ihr Leben wegwerfen? Sie hatte ein so gutes Recht an ihn wie Bessie, und sie wußte, daß sie stark genug war, ihn trotz Bessie mit all ihrer Schönheit, für sich zu gewinnen, wie weit auch die Sache zwischen den beiden schon gediehen sein mochte — und sie nahm, nach Art eifersüchtiger Frauen, an, daß sie viel weiter gekommen seien, als dies wirklich der Fall war.

Nach und nach erhob sich ihr bessres Selbst in ihr und unterdrückte die Einflüsterungen des Herzens. Bessie liebte ihn, und Bessie war schwächer als sie und weniger befähigt, Schmerz zu ertragen, und sie hatte ihrer sterbenden Mutter gelobt — denn Bessie war der Liebling ihrer Mutter gewesen — für ihr Glück zu sorgen und sie, komme was da wolle, zu trösten und zu beschützen, so weit es in ihrer Macht stehe. Es war ein weitgehendes Versprechen und sie war nur ein Kind gewesen, als sie es gegeben, aber sie fühlte sich deshalb in ihrem Gewissen nicht weniger gebunden, und gewiß verlangte auch jenes Versprechen dieses Opfer. Außerdem liebte sie ihre Schwester so innig — weit mehr als sie sich selbst liebte. Nein, Bessie sollte den Geliebten besitzen und nie erfahren, was es Jeß gekostet, ihm zu entsagen; und sie selbst — sie mußte wie ein verwundetes Reh in die Einsamkeit fliehen und sich verbergen, bis sie genas — oder starb.

Sie stieß ein kurzes, trockenes Lachen aus und begann ihr Haar zu bürsten, gerade als das helle Tageslicht sich über das nebelige Gefilde ergoß; doch sie betrachtete ihr Antlitz nicht mehr im Spiegel — es hatte keine Bedeutung mehr für sie, wie sie aussah. Dann warf sie sich auf ihr Lager, um in ihrer gänzlichen Erschöpfung noch einige Stunden zu schlafen, bis es wieder Zeit wurde, der Welt und ihrem neuen Kummer entgegenzutreten.

Arme Jeß! Sie hatte nicht lange der jungen Liebe Traum geträumt! Nur drei Stunden hatte er gewährt, aber er hatte andre Träume in ihr zurückgelassen.

„Onkel", sagte Jeß am Morgen zu dem alten Silas Croft, als er neben der Kraalthür stand, wo er die Schafe ausgezählt hatte — ein Geschäft, das besonders gute Augen erforderte und in dessen pünktliche Ausführung er seinen Stolz setzte.

„Ja, ja, meine Liebe, ich weiß, was du sagen willst. Das war gut gemacht; es ist nicht jedermanns Sache, sechshundert hungrige, auf die Weide eilende Schafe abzuzählen, ohne sich zu irren. Doch ich darf mir nicht zu viel darauf einbilden — du weißt ja, daß ich es schon fünfzig Jahre gethan habe — in der alten Kolonie und hier. Immerhin würde sich mancher leicht um fünfzig Schafe hin oder her stoßen; da ist zum Beispiel Niel —"

„Onkel", sagte sie, bei dem Namen leicht zusammenzuckend, wie ein Pferd mit wundem Rücken beim Auflegen des Sattels, „ich wollte nicht über die Schafe mit dir reden. Ich habe eine Bitte an dich."

„Eine Bitte? Um Gottes willen, Mädel, wie bleich siehst du aus! Du bist zwar immer blaß, aber was ist denn heute mit dir los?"

„Ich möchte mit dem Postwagen, der morgen Nachmittag von Wakkerstroom abgeht, nach Pretoria fahren und dort ein paar Monate bei meiner Schulfreundin Jane Neville bleiben. Ich habe ihr so oft versprochen zu kommen und habe es nie gethan."

„Nun, ich kann nicht mehr!" rief der alte Mann. „Meine häusliche Jeß will fortgehen und gar ohne Bessie! Was in aller Welt ist denn los mit dir?"

in welche die Leichenstücke eingewickelt waren, außerdem auch noch Sägespähne und Sackleinwand wie die, welche bei der Verpackung gedient hatten. — Ein epidemisch auftretendes Denguefieber (eine Influenza-ähnliche Krankheit) verursachte in Barcelona eine Reihe von Todesfällen. Fast die Hälfte der Bevölkerung ist erkrankt. In den Geschäften und gewerblichen Betrieben arbeitet nur etwa der vierte Theil des Personals. — In der Nacht auf Sonntag fand in Achalkalaki bei Tiflis ein neues Erdbeben statt. In dem Dorfe Baralety wurden 30 Häuser zerstört. Die Bodenschwankungen dauern fort. — In Adelaide (Australien) sind zwei Pestfälle vorgekommen, von denen einer tödtlich verlief.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde am 2. Oktober v. Js. vom Landgericht Bromberg der Brauer Hugo Baumgart zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt. Als das angeblich geplante Bombenattentat auf den Kaiser während seiner Orientfahrt von sich reden machte, äußerte sich der Angeklagte in wenig menschenfreundlicher Weise über den Kaiser. Darin wurde die Strafthat erblickt. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgerichte verworfen. — Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Straßburg ein durch hochgradige Trunksucht herabgekommener Schuhmachergeselle zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt.

„Ich wollte mich an den deutschen Kaiser wenden, doch der reist so viel". Im Berliner Residenz-Theater wird gegenwärtig ein Pariser Schwank von Feydeau „Dame von Maxim" aufgeführt. Der Schwank ist eine Zugkraft ersten Ranges, aber die Theaterdirektion würde schwerlich die Erlaubniß bekommen haben, das vorzügliche Kassenstück aufzuführen, wenn man nicht den deutschen Kaiser zum König von Italien gemacht hätte. Im dritten Akt des Schwankes hätte der Arzt Petibon (Alexander) genau nach dem Feydeau'schen Original die Worte zu sprechen: „Ich wollte mich an den deutschen Kaiser wenden, doch — der reist so viel . ." In der deutschen Bearbeitung des Residenz-Theaters heißt aber der Satz: „Ich wollte mich an König Humbert wenden, doch — dieser ist immer unterwegs . . ." Man muß sich nur zu helfen wissen!

Drei Monate Gefängniß für die Vernichtung eines Menschenlebens. Wie mild die Gerichte die Vergehen der Polizeiorgane im Allgemeinen einschätzen, beweist wiederum eine Verhandlung vor der Strafkammer in Trier. Der Feldhüter und Polizeidiener Müller aus Waldrach hatte zwei Handwerksburschen beim Fechten erwischt und verhaftet. Bevor er sie nach Ruwer zum Bürgermeisteramte brachte, hing er sich noch seine mit Schrot geladene Flinte um. Er bemerkte dabei den Arrestanten, er werde sie niederschießen, falls sie zu entweichen versuchten. In der Nähe des Bahnhofes Casel angekommen, machte der Eine von ihnen, der 19jährige Schleifer Wittmann, einen Fluchtversuch. Müller schoß ihm in einer Entfernung von nur einigen Metern die volle Schrotladung in den Rücken, worauf der Getroffene sofort todt zusammensank. Der als Zeuge vernommene Bürgermeister erklärte, Müller habe weder das Recht noch die Erlaubniß gehabt, im Dienste eine Schußwaffe zu tragen. Trotzdem billigte ihm das Gericht mildernde Umstände zu und erkannte auf nur 3 Monate Gefängniß. Der Getödtete war ja nur ein Handwerksbursche! Die Beleidigungen von Streikbrechern sühnt die Justiz bekanntlich etwas anders.

Hexenglaube im 20. Jahrhundert. Aus Sulingen schreibt man den „Lüneb. Anz.": Wer am vorletzten Sonnabend der Schöffengerichtssitzung auf dem hiesigen Amtsgerichte beiwohnte, konnte sehen, wie tief manche Leute in hiesiger Gegend noch im Aberglauben stecken. Es wurde über folgenden Sachverhalt verhandelt. Der Käthner F. K. in Lindern hatte ein krankes Kind. Eines Tages kommt eine Zigeunerin in's Haus. Sie redet mit der Frau Dies und Das, sieht das kranke Kind und merkt bald, daß hier ihr Weizen blüht. „Liebe Frau," sagt die Zigeunerin, „Ihr Kind ist behext und das hat die Person gethan, die nun zuerst hier in's Haus kommt, um etwas zu leihen." Nach einigen Tagen stirbt das Kind. Der Nachbar, Schlachter L., muß, wie das hier Sitte ist, die „Leiche ansagen" im Dorfe und bei den Verwandten. Er hat aber einen schlechten Handstock und schickt deshalb seine Frau in das Sterbehaus, um dort einen besseren zu leihen. Kaum hat die Frau L. ihren Wunsch ausgesprochen, da geht der Spektakel los und es dauert nicht lange, so weiß das ganze Dorf, wer das verstorbene Kind behext hat!! Die Frau ist natürlich darüber empört, daß sie für eine Hexe angesehen und gefürchtet wird. Sie verklagt die Frau K. wegen Beleidigung. Beide Parteien haben einen Rechtsanwalt angenommen. Der Prozeß endete, nachdem der Amtsrichter ein ernstes Wort gesprochen, mit einem Vergleich. Die Frau K. muß öffentlich erklären, daß die Frau L. keine Hexe sei. Und so Etwas geschieht im Jahre 1900. Man sollte es nicht glauben; aber es ist buchstäblich wahr!

Ein schlechtgewähltes und unpassendes Spielzeug für Kinder ist, wie der „Praktische Wegweiser", Würzburg, schreibt, die Peitsche. Nicht einmal für Fuhrleute und Kutscher ist sie so nothwendig als man glaubt; denn sie wird meist nur mißbraucht. Was soll aber ein Kind mit der Peitsche? Ein solches Spielzeug bringt nur Schaden mit sich für das Kind, es ist ein sehr übel gewähltes Spielzeug. Giebt es doch so viele andere, weit bessere und nützlichere Spielsachen! Durch das Spielen mit der Peitsche gewöhnt sich das Kind an Lärm, an Herumschlagen und Geschrei, ja an Mißhandlungen anderer. Zuerst schlägt der Knabe sein Steckenpferd, dann den Stuhl, den Thürstock, den Tisch, den Ofen, bald aber Alles, was ihm unterkommt und begegnet: unschuldige Thiere, seine Kameraden, Geschwister. Wie oft aber ist ein Peitschenhieb einem Auge gefährlich geworden. Statt gutherzig und sanft zu werden, wird das Kind ausgelassen, ja roh. Wozu kann die Peitsche sonst verwendet werden, als zum Herumhauen und Schlagen? Darum fort mit diesem „Spielzeug" aus der Kinderstube!

Es ist erreicht! In der „Frankf. Ztg." lesen wir: Bei dem Stapellaufe des Schnelldampfers „Deutschland" in Stettin hat der Berichterstatter der „Frankf. Ztg," bemerkt, daß sogar ein japanischer Schiffsoffizier den nach oben dressirten Schnurrbart trug, den der berühmte Bartfriseur Haby, der Herr der Haarscheeren (nicht zu verwechseln mit Heerschaaren, um einen bekannten Witz Daniel Spitzers zu erneuern) zur deutschen Barttracht erhoben hat. Glückliches Japan: „Es ist erreicht!" Jetzt fehlen nur noch die Chinesen.

Die Lynch-Statistik für das vergangene Jahr zeigt, daß seit fünfzehn Jahren die Zahl der Lynchmorde in Amerika nicht so gering gewesen ist wie 1899. Es waren im Ganzen 107 derselben in den Vereinigten Staaten zu verzeichnen, von denen sich 103 in den Südstaaten und 4 im Norden ereigneten. Von den gelynchten Personen waren 84 Schwarze und 23 Weiße, und zwar fielen 44 wegen Mordes dem Volksgericht zum Opfer, 11 wegen Mithülfe beim Morde, 1 wegen Brandstiftung und Mord, 11 wegen Nothzucht, 6 wegen „vermutheter" Nothzucht und 1 wegen Nothzucht und Mord. Die größte Zahl der Lynchmorde ereignete sich in Georgia, nämlich 28, dann folgt Mississippi mit 14, Louisiana mit 13 und Arkansas mit 11. Von den 4 Lynchmorden in den Nordstaaten kamen 3 in Kansas und 1 in Pennsylvanien vor.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 7 bis 13 Januar 1900

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters

2. Januar. Arbeiter Heinrich Johann Friedrich Tews 3. Maurer Heinrich Friedrich Emil Gödeke. 4. Bankbeamter Albert Conrad Wilhelm Johannes Panels. Arbeiter Johann Friedrich Lüdeke. 5. Arbeiter August Carl Christian Reppin. 6. Schneidermeister Carl August Wilhelm Lemke. Arbeiter Johann Heinrich Christoph Bruhn. 7. Gärtner Wilhelm Friedrich Dabelstein. 10. Handlungsgehülfe Gustav Wilhelm Georg Calm. Arbeiter Joachim Heinrich Friedrich Denker. Arbeiter Friedrich Carl Wilhelm Baarck. 11. Hausdiener Friedrich Johannes August Stolle.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

27. Dezember 1899. Maschinist Johannes Hinrich Kelling. 3. Januar. Kaufmann Georg Carl Sophus Rehder. 4. Tischler Wilhelm Johannes Ludwig Schröder. Ingenieur Hermann Christian Bruhn. 5 Kaufmann Paul Julius August Otto Franke. Kutscher Joachim Christian Carl Kluth. 6. Arbeiter Johann Joachim Wilhelm Moll. Buchdrucker Heinrich Johann Ludwig Christian Klempau. Arbeiter Wilhelm Heinrich Ludwig Steffens 7. Arbeiter Rudolf Carl Albert Will. Zimmergeselle August Wilhelm Fritz Christian Heinrich Hildebrandt. Schlachter Friedrich Johann Christian Westphal. Steuermann Paul Karl Hans Stein. 8 Schriftsetzer Heinrich Adolf Ludwig Meyer. Eisenbahn-Bureau-Assistent Joachim Hinrich Laudi. Arbeiter August Johann Friedrich Kähler. 9 Arbeiter Carl Friedrich Schlicht. 11. Arbeiter Friedrich Andreas Heinrich Horstmann. Böttchermeister Friedrich Gustav Ludwig Wichmann. Geschäftsreisender Ludwig August Theodor Roloff. 12. Arbeiter Johannes Heinrich Wilhelm Rehm. Arbeiter Hermann Oscar Franz Fürstenau (Streckniß).

Sterbefälle.

5. Bäckermeister Johann Heinrich Carl Walter, 55 J. 6. Ida Caroline Frieda Krüger, 7 M. 7. Anna Maria Auguste Margarethe Beckmann, 17 J. Schlachtergeselle Jochim August Willi Ahlrep, 20 J. Conradine Catharine Engels, 10 M. Dorothea Henriette Rebecka geb. Schultz, Ehefrau des Ober-Lagermeisters bei der Lübeck-Büchener Eisenb. Christian Heinrich Friedrich Schwon 45 J. Margaretha Dorothea geb. Stender, Ehefrau des Postagenten a. D Matthias Jacob Friedrich Fick, 79 J Arbeiter Claus Heinrich Stolten, 66 J. Amalie Lisette Marie Sophie Therese (genannt Ida) geb. Bölte, Wittwe des Kaufmannes und Consuls August Rehder, 65 J. 8. Wilhelm Carl Ludwig Engel 5 M. Heinrich Ernst Carl Grammann, 3 M. Arbeiter Simon Pieterek, 83 J. Frida Elise Sophie Koch gen. Huss, 2 J. Dorothea Margaretha Elisabeth Godtknecht, 51 J. 9. Musiker Johann Ludwig Gottfried Alexander, 81 J. Erna Frieda Ketelhon, 1 M 25 T. Bengta geb. Carlsdotter, Ehefrau des Arbeiters Hinrich Friedrich Ludwig Prehn, 61 J. Caroline Wilhelmine Priess 5 M. Anna Catharina Maria geb. Lüth, Wittwe des Schutzmannes a. D. Friedrich David Heinrich Stoltenberg, 86 J Carl Johannes Conrad Lampe, 1 J. Arbeiter Friedrich Wilhelm Markowski, 38 J. Ein todtgeb Mädchen, V.: Arbeiter Johann Joachim Heinrich Oldorff. 10. Erna Wilhelmine Pottharst, 5 J Rentier Hieronimus Carl Jan Cesar Sillem, 62 J. Friedrich Max Johannes Ribcke, 1 M. 24 T. Wilhelm Ferdinand Martin Ribcke, 1 M. 24 T. Ein todtgeb. Knabe, V.: Zimmermann Johannes Christian Carl Hamann. 11. Gärtner Hans Hinrich Ferdinand Schwartz, 68 J. Kürschner Johann Christoph Nicolaus Möllendorf, 84 J. Ein todtgeb. Knabe, V.: Arbeiter Carl Heinrich Joachim Eggers 12. Handlungsgehülfe Paul Gustav Jürgens 18 J. 13 Johanna Christiane Mathilde geb. Stutz, Wittwe des Kaufmannes Carl Heinrich Beerkart, vorher verwittwet gewesene Voss und Lischan, 70 J.

Angeordnete Aufgebote.

Januar. 8. Bäcker Wilhelm Heinrich Johann Papenhagen zu Rostock und Anna Johanna Friederike Meyer. Arbeiter Ludwig Carl Friederich Scheese und Anna Cathinka Therese geb. Düring des Gärtners Wilhelm Carl Heinrich Schreiber geschiedene Ehefrau Zimmermann Johannes Ludwig Mohr und Sophie Wilhelmine Charlotte geb. Spahrmann, des Zimmermannes Johann Heinrich Friedrich Hiller Wittwe. Kaufmann Otto Heinrich Timm und Martha Maria Magdalena Ahrens, beide zu Neumünster. 9 Feilenhauer Hans Hinrich Friedrich Bekenschneider zu Oldesloe und Emma Henriette Charlotte geb. Pfeiffer, des Cigarrenfabrikanten Hermann Friedrich Christoph Luckmann Wittwe. Arbeiter Hinrich Friedrich Rottgardt und Catharina Marie geb Krakow, des Arbeiters Johann Friedrich Buhr Wittwe. Kaufmann Christian Wilhelm August Bruhn und Helene Maria Wilhelmine Lemcke. Lagermeister Friedrich Johannes August Theodor Kruse und Elsa Betty Sophie Schunck. Arbeiter Johann Carl Friedrich Moll und Wilhelmine Dorothea Karoline Luise Christine Teudt zu Großenhof. Kaufmann Adolf Hugo Schreiber und Friedchen Johanna Holtmann zu Lüneburg. 10. Zimmermann Carl Friedrich Johannes Nissfeldt und Elisabeth Henriette Dvore. Arbeiter Gustav Rosengart und Caroline Maria Elisabeth Oeckstein. 11 Commis Alexander Hugo Wilhelm Johannes Gerdien und Bertha Antonie Pfeiffer zu Hamburg. Steindrucker Johann Heinrich Friedrich Wilhelm Duve und Sophie Marie Krüger zu Ravensbuch. Conditor Paul Benedict Bernhard Bohnsack und Martha Caroline Maria Friederike Müßhausen Fensterputzer Gustav Hans Karl Will und Rosalie Magdalena Winczewski. Zimmermann Emil Oskar Helmuth Bei und Louise Stieger. Bauarbeiter Carl Gottlieb Schramm und Amanda Holdine Alwine Maertens, beide zu Osterfelde. 12 Apothekenbesitzer Eduard Kiel zu Travemünde und Selma Victoria Alexandrine Bissling. Schlachter Martin Wilhelm August Beck und Meta Marie Dorette Gloie zu Badendorfer Hecklathen. Arbeiter Valerian Nolde zu Hyazindorf und Martha Pauline Labudde zu Przepoitz. 13. Krämer Bernhard Leonhard Louis Wilhelm Hinrich Hintz und Maria Louise Dorothea Korn. Arbeiter Franz Brenski und Franziska Selwa, beide zu Gut Grodziczno.

Eheschließungen.

9. Januar Maler Carl Friedrich Mühlmann und Magdalena Louise Lisette Henriette Dorothea Strunck 11. Beamter bei der Handelskammer Franz Johannes Ludwig Scharnberg und Frida Wilhelmine Bohnhoff. Cigarrenfabrikant Ernst Emil Schneider und Anna Dorothea Wilhelmine Koop. 12. Arbeiter Johann Denker und Auguste Wilhelmine Berthe Faasch. Kaufmann Helmuth Johannes Theodor Grabener und Anna Johanna Caroline Schulze Stadtkassenbote Johann Joachim August Moll und Luise Elise Rambow Maschinist Joachim Heinrich Reier und Elisabeth Maria Carolina Wohlers. Vicefeldwebel Paul Emil Ludwig Riedel zu Altenderne und Anna Catharina Dorothea Trutschel 13. Arbeiter Johannes Krengel und Maria Dorothea Ernestine Barck Klempner Carl Walter Bark und Doris Christina Johanna Karde Schlachter Johann Heinrich Bruse und Friederike Dorothea Luise Zierow. Arbeiter Wilhelm Friedrich Heinrich Tretow und Anna Maria Elisabeth Groth.

„Ich brauche eine Luftveränderung, Onkel — ich habe sie wirklich nöthig. Ich hoffe, du wirst mir darin nicht entgegen sein."

Ihr Onkel blickte sie mit seinen scharfen grauen Augen fest an.

„Hm!" machte er. „Du willst fortgehen, und damit ist die Sache erledigt. Es ist am besten, man fragt nicht viel, wenn es sich um ein Frauenzimmer handelt. Ganz gut, meine Liebe, du sollst gehen, wenn du willst, obgleich ich dich sehr vermissen werde."

„Danke schön, Onkel", sagte sie und gab ihm einen Kuß; dann wandte sie sich um und ging.

Der alte Croft nahm seinen breitrandigen Hut ab und polirte seinen kahlen Kopf mit einem rothen Taschentuch.

„Es ist irgend was los mit dem Mädel", sagte er laut zu einer Eidechse, die aus einer Ritze der Steinmauer hervorgekrochen kam, um sich in der Sonne zu wärmen. „Ich bin auch nicht so dumm, als ich aussehe, und ich erkläre, daß mit ihr nicht alles in Ordnung ist. Sie ist sonderbarer denn je", und ärgerlich schlug er mit seinem Stock nach der Eidechse, worauf diese sich schleunigst in ihre Mauerspalte zurückzog, aus der sie aber bald wieder hervorkam, um zu sehen, ob der zornige Mensch fortgegangen sei.

„Jedenfalls", fuhr er auf dem Weg nach dem Hause in seinem Selbstgespräch fort, „bin ich froh, daß es nicht Bessie ist. In meinen Jahren könnte ich es nicht mehr ertragen, mich auch nur auf ein paar Monate von Bessie zu trennen."

Achtes Kapitel.

Jeß geht nach Pretoria.

An jenem Tage verkündete Jeß während des Mittagessens plötzlich, daß sie am nächsten Morgen nach Pretoria gehe, um Jane Neville zu besuchen.

„Um Jane Neville zu besuchen!" wiederholte Bessie und machte ihre blauen Augen weit auf vor Erstaunen. „Es ist aber doch noch keinen Monat her, daß du gesagt hast, du machst dir nichts aus Jane Neville, weil sie so unfein geworden sei. Hast du vergessen, wie sie voriges Jahr, als sie auf der Durchreise nach Natal hier war, ihre dicken Hände in die Höhe hob und sagte: ‚Oh Jeß! — Jeß ist ein Genie! Es ist ein ganz besonderer Vorzug, sie zu kennen!?' Dann solltest du diesem geschwollenen Menschen, ihrem Bruder, Shakespeare deklamiren, und du erklärtest ihr, daß sie, wenn sie jetzt nicht den Mund halte, den Vorzug deiner Freundschaft nicht mehr sehr lange genießen werde. Und jetzt fühlst du das Bedürfniß, sie zu besuchen und zwei Monate bei ihr zu bleiben! Nein, Jeß, du bist zu sonderbar, und was mehr ist, sehr unfreundlich, auf so lange fort zu wollen.

Auf all dies entgegnete Jeß gar nichts, sondern wiederholte nur noch einmal ihren Entschluß, zu gehen.

Auch John war überrascht und, um die Wahrheit zu gestehen, etwas unangenehm berührt. Seit dem gestrigen Tag und der Unterhaltung, die er am Leeuwen Kloof mit ihr gehabt, hatte er für Jeß ein ausgesprochenes und wärmeres Interesse gewonnen. Vorher war sie ihm ein Räthsel gewesen, jetzt aber hatte er gerade genug erfahren, um mehr ergründen zu wollen. Vielleicht war es ihm bis zu dem Augenblick, in dem er hörte, daß sie für lange Zeit fortgehen wollte, nicht klar geworden, wie stark und tief sein Interesse für sie war. Plötzlich kam ihm zum Bewußtsein, wie öde die Farm sein mußte, wenn dies interessante Mädchen mit ihrem ruhigen entschlossenen Wesen nicht mehr hier weile. Bessie war ja ohne Zweifel reizend und entzückend, aber sie hatte nicht den Verstand und die Eigenart ihrer Schwester, und John Niel stand selbst zu hoch, um nicht auch bei einer Frau Geist und Originalität schätzen zu können, statt sich mit der großen Menge alltäglicher Menschen darüber zu entsetzen. Zum wenigsten interessirte er sich sehr lebhaft für sie und verlor nun nach Männerart seine Fassung, ja wurde sogar ärgerlich bei dem Gedanken an ihre Abreise. Er warf ihr einen Blick zu, der Einsprache erheben sollte, und stieß durch seinen Aerger verwirrt, das Essigfläschchen um; aber sie vermied seine Blicke und beachtete den Essig nicht. Da er auf diese Weise alles gethan hatte, was in seiner Macht stand, wollte er nach den Straußen sehen, doch zögerte er erst ein wenig, um abzuwarten, ob Jeß nicht herauskomme, was sie aber nicht that. So sah er denn bis zum Nachtessen nichts mehr von ihr. Bessie sagte, ihre Schwester sei mit Packen beschäftigt; da man aber nicht mehr als zwanzig Pfund in einem Postwagen mitnehmen darf, war er nicht ganz überzeugt, daß dies thatsächlich der Fall war.

Beim Nachtessen verhielt sich Jeß, wenn möglich, noch stiller als beim Mittagsmahl. Nach Tisch bat er sie, etwas zu singen, aber sie lehnte ab unter dem Vorwand, daß sie für den Augenblick das Singen aufgegeben habe, was sie trotz des sich von allen Seiten erhebenden Widerspruches aufrecht erhielt.

Es wurde die Verabredung getroffen, daß Jeß am Morgen nach Martinus-Wesselstroom, allgemeiner Wakkerstroom genannt, fahren und von dort die Post benutzen sollte, deren Abfahrtszeit die Mittagsstunde war — wann sie in der That abgehen würde, blieb allerdings eine offene Frage, denn die Postwagen in Transvaal nehmen es mit einem Tag hin oder her nicht so genau.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in L bed.